

wirtschaftsflash

Das Magazin der Solothurner Wirtschaft

Ausgabe 4/2023
44. Jahrgang



Wahlen 2023: Wer wird den Kanton Solothurn im Stöckli vertreten?

Schenken Sie Ihrer IT mehr Liebe.

Wehren Sie Cyberattacken effektiv ab:
mit uns als IT-Partnerin für Ihr KMU.

swisscom.ch/kmu-sicherheit



Bereit.

INHALT

06 Ständeratswahlen – Wer zieht für den Kanton Solothurn in die «Chambre de réflexion» ein?

Einer bürgerlichen Partei angehören und reelle Wahlchancen haben: Das waren die Kriterien für die Einladung zum Gespräch zwischen der Wirtschaftsflash-Redaktion und den Ständeratskandidaten. An den Tisch schafften es Pirmin Bischof (Die Mitte, bisher), Regierungsrat Remo Ankli (FDP) und Nationalrat Christian Imark (SVP). Besonders im Fokus: ihre Haltung zu Themen, die für die Wirtschaft von besonderer Bedeutung sind.

14 Der Freisinn steht der Wirtschaft am nächsten

Die FDP und die Jungfreisinnigen stehen der Solothurner Wirtschaft und dem Gewerbe am nächsten. Dies zeigt ein Vergleich der Positionen der Wirtschaftsverbände mit den Parteien, welche mittels der Online-Wahlhilfe smartvote ermittelt wurden. Auf den Freisinn folgen die SVP und die Mitte. Die Linken haben mit der Position der Wirtschaft nur wenig gemeinsam.

20 Legislaturbilanz – Mehr Abstimmungsniederlagen als auch schon

Mit dem Ende der nationalen Legislaturperiode bietet sich an, Bilanz zu ziehen: Welche Erfolge und Niederlagen konnten die Solothurner Wirtschaftsverbände an der Urne verbuchen? Wo konnten sie auf die Unterstützung der Stimmbevölkerung und der politischen Parteien zählen und welche Partner erwiesen sich am verlässlichsten? Die Analyse zeigt: Das Verständnis für wirtschaftspolitische Fragen ist zwar gut, aber eher etwas gesunken.

29 HESO «Sonderschau PLUS» – Firmen präsentieren sich und ihre Nachhaltigkeitsziele

Das viel zitierte «'s isch immer so gsi» aus dem Solothurner Lied gilt in weiten Teilen auch für die Herbstmesse Solothurn (HESO), die jährlich rund 100 000 Besucherinnen und Besucher aus dem gesamten Mittelland nach Solothurn zieht. Eine Neuheit gibt's allerdings: Unter dem Titel «Sonderschau PLUS» präsentieren sich Firmen und Organisationen aus der Region.

04 Wahlen 2023 – Ausgangslage

16 Ständeratswahlen: Wer steht der Wirtschaft nahe?

22 Parteien auf den Zahn gefühlt

23 Wahlempfehlungen des KGV und der SOHK

24 Ein Blick in die Maschinerie unseres Wahlsystems

28 Kampagne «Perspektive Schweiz»

30 Rückblick Weissenstein-Forum

32 Fünf mal 5,8 – eine Spitzenleistung

34 Agenda und Impressum

Titelbild: Die Ständeratskandidaten Remo Ankli, Pirmin Bischof und Christian Imark (v.l.).

EDITORIAL



Am 22. Oktober 2023 wird das eidgenössische Parlament neu bestellt. Für die Wirtschaft sind diese Wahlen von grosser Bedeutung. Je nach Ausgang werden die Regulierungslust und die Anzahl der Gesetze eher zunehmen oder die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft

bleiben gut – oder werden im Idealfall in den nächsten vier Jahren noch besser. Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.

Landauf, landab beschäftigen sich die Verbände mit Empfehlungen: Basierend auf mehr oder weniger wissenschaftlichen Grundlagen versuchen verschiedenste Organisationen, die Kandidatinnen und Kandidaten zu eruiieren, die für sie in Bern die beste Vertretung wären.

Auch die Solothurner Wirtschaftsverbände geben jeweils eine Wahlempfehlung ab. Der KMU- und Gewerbeverband KGV SO geht da pragmatisch vor: Er empfiehlt jeweils all seine Mitglieder, die mehr als ein Jahr dem KGV SO angehören. Die SOHK empfiehlt jeweils die kandidierenden Vorstandsmitglieder und, wenn er kandidiert, den Direktor zur Wahl.

Vor jeder Wahl wird auch heftig über den Nutzen solcher Empfehlungen debattiert. Für mich ist klar: Allein wegen dieser Empfehlungen wird wahrscheinlich niemand gewählt. Aber es ist eine Unterstützung und Wertschätzung für jede Kandidatin und jeden Kandidaten. Denn alle Kandidierenden aus dem KGV SO und der SOHK engagieren sich politisch überdurchschnittlich. Die Empfehlung ist ein Merci für dieses Engagement. Im Falle einer Wahl hätte der Verband bei Anliegen zudem eine oder mehrere Ansprechpersonen im Parlament. In diesem Sinn wünschen wir allen empfohlenen Kandidatinnen und Kandidaten viel Erfolg und im Falle einer Wahl eine geschickte politische Hand.

*Andreas Gasche, Geschäftsführer
KMU- und Gewerbeverband KGV SO*

Die Weichen stellen für die Schweiz

Am 22. Oktober 2023 werden die 200 Mitglieder des Nationalrats und die 46 Mitglieder des Ständerats vom Volk neu gewählt. Vor vier Jahren wurde das Land von einer «grünen Welle» erfasst: Grüne und glp konnten zulegen, während die Bundesratsparteien im Nationalrat Federn lassen mussten. Prognosen deuten diesen Herbst auf eine «Korrektur» der grünen Expansion zugunsten der SVP hin.

Text: Charlie Schmid | Fotos: zvg

Parlamentswahlen haben in der demokratischen Schweiz nicht dieselbe Bedeutung wie in anderen Ländern. Dies, weil die Bevölkerung sich in Abstimmungen auch während der Legislaturperiode politisch äussern und den Kurs der Regierung- und Parlamentsmehrheit korrigieren kann. Ausdruck davon ist eine relativ niedrige Wahlbeteiligung, die seit Jahrzehnten unter fünfzig Prozent liegt. Trotzdem ist es natürlich gerade für die Wirtschaft von grösster Bedeutung, welche Personen die Gesetze in Bern schmieden und in der Verwaltung den Ton angeben. Schliesslich haben die Wahlergebnisse auch Einfluss auf die parteipolitische Zusammensetzung des Bundesrats und somit auf die «Regierungskoalition». In diesem Wirtschaftsfash beleuchten wir daher die Ausgangslage für die kommenden Wahlen insbesondere für den Kanton Solothurn und suchen die wirtschaftsnahen Parteien und Kandidatinnen und Kandidaten.

Kaum Verschiebungen im Nationalrat und bürgerliche Chance im Ständerat

Aktuell lautet die Verteilung der sechs Solothurner Nationalratssitze 2 SVP, 1 FDP, 1 Die Mitte, 1 SP, 1 Grüne. Während es auf nationaler Ebene zu Veränderungen kommen wird, dürfte dies im Kanton Solothurn wenig wahrscheinlich sein. Dies, weil sich die Wähleranteile der Parteien stark verändern müssten, damit es zu Verschiebun-

gen bei der Sitzzuteilung käme. Eine Ausnahme gibt es im linken Lager, wo der grüne Nationalratssitz von Felix Wettstein nach vier Jahren wieder der SP zufallen könnte. Aus Wirtschaftssicht ist diese Frage jedoch eher zweitrangig. Im Ständerat bietet sich hingegen für FDP oder SVP die grosse Chance den SP-Sitz von Roberto Zanetti ins bürgerliche Lager zu holen. Schafft Pirmin Bischof (Die Mitte) wie erwartet die Wiederwahl, winkt dem Kanton Solothurn eine ungeteilte bürgerliche Standesstimme.

Parteien und Kandidierende wirtschaftspolitisch durchleuchtet

In unserem grossen Interview ab Seite 6 sind wir mit den drei aussichtsreichen und wirtschaftsfreundlichen Ständeratskandidaten Remo Ankli, Pirmin Bischof und Christian Imark auf Tuchfühlung gegangen. Für den Nationalrat treten am 22. Oktober 170 Solothurnerinnen und Solothurner auf 29 Listen zur Wahl an. Allerdings hat nur eine Handvoll von ihnen überhaupt eine realistische Chance. Warum das so ist, erklären wir auf den Seiten 24 bis 26. Umso wichtiger ist es, sich im Vorfeld mit der Frage zu beschäftigen, welche Parteien und Kandidierenden die Positionen von Wirtschaft und Gewerbe am besten vertreten. Eine seit zwanzig Jahren bewährte Unterstützung bietet dabei die Online-Wahlhilfe smartvote. Auch dieses

Jahr haben die Wirtschaftsverbände so ihre Positionierung in der Politlandschaft ausgewertet und diese anschliessend mit den Parteien (Seiten 14 und 15) und allen sechs Kandidierenden für den Ständerat (Seiten 16 und 17) verglichen. Auf Seite 22 haben wir die Parteien zudem zu zehn konkreten wirtschaftspolitisch relevanten Fragen befragt.

Blick zurück und nach vorn

Es ergibt Sinn, die Parteien nicht nur über ihre Absichten für die Zukunft zu befragen, sondern auch Bilanz über die letzten vier Jahre zu ziehen. Wer hat sich in wirtschaftspolitischen Sachthemen wie positioniert? Und hat das Volk in den letzten vier Jahren eher wirtschaftsfreundlich oder -feindlich abgestimmt? Diese Fragen werden in der Legislaturbilanz auf den Seiten 20 und 21 beantwortet. Die Wahlempfehlungen für einzelne Kandidierende vonseiten KGV und SOHK sowie seitens der nationalen Wirtschaftsinitiative «Perspektive Schweiz» sind schliesslich auf den Seiten 23 und 28 zu finden. Gibt es in der Schweiz eine wirtschaftsfreundlichere Politik in den nächsten vier Jahren? Die Wählerinnen und Wähler haben es am 22. Oktober in der Hand. ■



Walter Wobmann (SVP)

Der Gretzenbacher tritt nach zwanzig Jahren im Nationalrat nicht mehr zur Wiederwahl an. Wobmann bewies in seiner langen Bundeshauskarriere immer wieder ein feines Gespür für Volksanliegen. Die Burkader oder die Minarett-Initiative brachte er quasi im Alleingang durch. Die Frage ist, wer seine Nachfolge antritt. Sicher bleibt der Sitz bei der SVP und somit einer Kandidatin oder einem Kandidaten von Wahlliste 5.

Rücktritt



Christian Imark (SVP)

Der Unternehmer aus Fehren möchte in seine dritte Legislatur gewählt werden. Er dürfte die Wiederwahl problemlos schaffen. 2015 hatte er den langjährigen Roland Borer parteiintern aus dem Nationalrat verdrängt. Imark hat sich insbesondere in der Energiepolitik positioniert. Sollte er die Wahl in den Ständerat schaffen, würde auf seiner Liste 5 eine weitere SVP-Vertretung in den Nationalrat nachrücken.



Kurt Fluri (FDP.Die Liberalen)

Für das freisinnige Urgestein Kurt Fluri ist nach zwanzig Jahren Bundespolitik Schluss. Die Wahl in den Ständerat wurde dem Stadtsolothurner 2011 verwehrt. Im Bundeshaus galt Fluri als demokratie- und rechtspolitisches Gewissen. Um seine Nachfolge gibt es ein grosses Gerangel in der FDP. In Frage kommen alle Kandidierenden der Listen 1 und 2. Die Partei sollte den Fluris Sitz problemlos verteidigen können.

Rücktritt



Stefan Müller-Altarmatt (Die Mitte)

2011 noch für die CVP gewählt, strebt der Herbetswiler Gemeindepräsident seine vierte Amtsperiode erstmals unter dem Label «Die Mitte» an. Um Müller-Altarmatt ist es in letzter Zeit eher etwas ruhiger geworden, aber seine Wiederwahl auf Liste 9 ist ungefährdet; insbesondere da Müller-Altarmatt von sechs(!) Unterstützerlisten sekundiert wird. Seit der Fusion mit der BDP hat Die Mitte zudem an Stimmkraft gewonnen.



Franziska Roth (SP)

Die Heilpädagogin aus Solothurn hat nach vier Jahren im Amt schnell in ihre Rolle als sicherheitspolitische Sprecherin der SP gefunden, umso mehr als in ihrer Partei nach Ausbruch des Ukrainekriegs die Verteidigungspolitik wieder mehr Gewicht erhalten hat. Ihre Wiederwahl dürfte ihr sicher sein. Wird sie in den Ständerat gewählt, rutscht eine Sozialdemokratin oder ein Sozialdemokrat von Liste 20 in den Nationalrat nach.



Felix Wettstein (Grüne)

Der Oltner Fachhochschuldozent konnte vor vier Jahren zu Lasten der SP für die Grünen in den Nationalrat einziehen. Aber ihm blüht das Schicksal, das schon seine grünen Vorgängerinnen ereilte: Nach einer Amtszeit ging der Wackelsitz wieder an die SP. Wettstein wird nur wieder gewählt, wenn die Grünen ihre Parteistärke halten können. Ansonsten wird sich die SP über einen zweiten Sitz freuen können.



Pirmin Bischof (Die Mitte)

Trotz starker nomineller und qualitativer Konkurrenz: Der Stadtsolothurner Rechtsanwalt wird die Wahl in den Ständerat erneut schaffen – die Frage ist eher, ob er in einen zweiten Wahlgang gezwungen wird. Bischof ist seit 2011 Ständerat und war vorher bereits vier Jahre Nationalrat. Er verfügt als Chef der Mitte-Gruppe im Ständerat über grossen Einfluss und gilt als versierter Taktierer.



Roberto Zanetti (SP)

Der Gerlafinger blickt auf eine lange Politikkarriere zurück. Er wurde 2010 in den Ständerat gewählt. Immer bodenständig auftretend, genoss der «rote Rößli» auch in Wirtschaftskreisen Anerkennung. Ob die SP seinen Sitz verteidigen kann, ist alles andere als sicher. Die SVP mit Christian Imark und die FDP mit Remo Ankli haben die Messer gewetzt. Ein zweiter Wahlgang ist wahrscheinlich.

Rücktritt

Wer zieht für Solothurn in die «Chambre de réflexion» ein?

Einer bürgerlichen Partei angehören und reelle Wahlchancen haben: Das waren die Kriterien für die Einladung zum Gespräch zwischen der Wirtschaftsflash-Redaktion und den Ständeratskandidaten. An den Tisch schafften es Pirmin Bischof (Die Mitte, bisher), Regierungsrat Remo Ankli (FDP) und Nationalrat Christian Imark (SVP). Besonders im Fokus: ihre Haltung zu Themen, die für die Wirtschaft von besonderer Bedeutung sind.

Interview: Charlie Schmid und Christian Fluri | Fotos: Christoph Rölli

Pandemie, CS-Pleite, Ukrainekrieg: Die sich zu Ende neigende Legislatur war von zahlreichen einschneidenden Ereignissen geprägt. Ist unter diesen Vorzeichen überhaupt eine Legislaturbilanz möglich? Wenn ja, wie fällt diese aus Ihrer Sicht aus?

Christian Imark: Man kann und soll immer eine Bilanz ziehen. Die Pandemie hat vor allem auf der zwischenmenschlichen Ebene im Bundeshaus viel verändert. Zum Beispiel haben sich die Mitglieder des Parlaments teilweise gar nicht kennengelernt. Es gab keine Anlässe, man hat sich nicht getroffen. Kommt dazu, dass die Nähe zur Bevölkerung in dieser Zeit gelitten hat. Das Bundeshaus war ja auch abgeschottet. Es darf nicht sein, dass politische Entscheide dadurch beeinflusst werden.

Pirmin Bischof: In dieser Situation sollte man erst recht eine Bilanz der vergangenen Legislatur ziehen. Vor vier Jahren waren die Pandemie, der CS-Zusammenbruch, der Ukrainekrieg und so weiter noch gar kein Thema. Wir mussten einschneidende Entscheide fällen, die wir uns vor dieser Legislatur nicht hätten vorstellen können. Kommt dazu, dass Begriffe wieder aufgetaucht sind, die aus unserem Vokabular verschwunden waren. «Versorgungssicherheit» ist einer davon.

Remo Ankli: Die Pandemie, die ja ganz am Anfang der Legislatur die Agenda bestimmte, wurde meines Erachtens vom Bund, und da meine ich Bundesrat und Parlament, gut gelöst. Viel nachhaltiger beeinflusst hat uns aber der Krieg in der Ukraine: Da verschieben sich Themen und Prioritäten, die einen viel längerfristigen Effekt haben werden. Als Beispiele nenne ich die Sicherheits- oder die Energiepolitik. Weiter stelle ich fest, dass in der vergangenen Legislatur wieder einmal eine AHV-Revision gelungen ist. Eine Revision, die zwar nicht alle Probleme dauerhaft löst, aber immerhin für eine gewisse Entspannung in den nächsten Jahren sorgt.

Für die Wirtschaft ist eine überzeugende Rentenlösung matchentscheidend. Ist die Initiative der Jungfreisinnigen, welche das Rentenalter an die Lebenserwartung knüpfen will, der richtige Weg?

Ankli: Es ist schade, dass die Initiative der Jungfreisinnigen vom Parlament ziemlich nonchalant und ohne Gegenvorschlag vom Tisch gewischt wurde. Es geht nämlich darum, die Rentenfrage zu entpolitisieren. Das Problem ist mehr mathematisch als politisch.

«Ziemlich nonchalant vom Tisch gewischt»: Pirmin Bischof, stimmt das?

Bischof: Keineswegs. Wir haben dem Bundesrat den Auftrag erteilt, bis 2026 eine nachhaltige Reform vorzulegen. Deshalb braucht es keine Gegenvorschläge. Gleichzeitig stehen zwei Initiativen zur Abstimmung. Die Initiative der Jungfreisinnigen und diejenige der SP, die eine 13. AHV-Rente einführen will. Dieser Vorschlag ist schlicht und einfach nicht finanzierbar. Für den Ansatz der Jungfreisinnigen habe ich durchaus Sympathien. Der Lösungsansatz ist auf jeden Fall gescheitert als derjenige der SP. Und dennoch halte ich ihn für falsch, weil er zu wenig nachhaltig ist. Von einem fixen Rentenalter profitieren vor allem Akademikerinnen und Akademiker. Wer früh, also mit 18 Jahren, voll in den Arbeitsprozess einsteigt, muss länger arbeiten, um eine Rente zu erhalten. Hier erwarte ich in der Bundesratsvorlage eine gewisse Flexibilisierung, damit die Rentenaltersfrage gerechter gelöst werden kann.

Ankli: Ich bin einverstanden, dass man eine Lebensarbeitszeit berücksichtigen muss. Aber das wäre ja genau die Stossrichtung für einen Gegenvorschlag gewesen, den man hätte aufnehmen können.

Imark: Die Ungleichbehandlung fängt ja schon viel früher an: Von linker Seite wird die Arbeit immer verteufelt. Arbeit ist ja nicht einfach eine Belastung und ein Ding, das man eigentlich gar nicht haben will.



Arbeit ist die Grundlage für unseren Wohlstand und gibt uns Halt und Struktur. Ich gehe mit Remo Ankli und Pirmin Bischof einig, dass es eine Flexibilisierung braucht.

Dann lassen Sie den Vorwurf an die Räte stehen, dass die Initiative sehr schnell vom Tisch gewischt wurde?

Imark: Ja, diesen Vorwurf kann man den Räten möglicherweise machen. Da war politisches Kalkül dahinter.

Politisches Kalkül? Wollte man einen freisinnigen Erfolg im Wahljahr verhindern?

Bischof: Wie gesagt wird der Bundesrat bis 2026 ohnehin eine neue Reform vorlegen. Die hier diskutierte Thematik gehört genau da hinein und muss gesamtheitlich angeschaut werden. Die Idee einer 13. AHV-Rente geniesst in der Bevölkerung eine gewisse Sympathie. Aber sie ist verdammt gefährlich! Das politische Kalkül ei-

nes Teils der linken Parteien besteht darin, die berufliche Vorsorge abzuschaffen und nur noch eine allgemeine Volksrente zu etablieren. Das ist einfach erklärbar. Aber das ist nicht mein Ziel. Ich setze mich für eine Mittelstandslösung ein. Und da hat eine allgemeine Volksrente ohne selbst angesparte zweite Säule einfach keinen Platz. Das BVG wird also von links systematisch diskreditiert, mit dem Ziel, es irgendwann mal abzuschaffen.

BVG ist ein gutes Stichwort. Die anstehende BVG-Reform wird für Gewerbetreibende und andere Arbeitgebende zu höheren Lohnbeiträgen führen. Wie erklären Sie das den KMU?

Ankli: Es ist immer komplex, wenn es um Sozialwerke geht. Aber die vorliegende Lösung ist vertret- und erklärbar, weil es nicht nur um einen Abbau geht.

Imark: Da stimme ich zu.

Bischof: Die Reform bringt erstens – und das ist durchaus im Sinne der Arbeitgebenden – eine Flexibilisierung des Rentenalters. Das ist im Interesse aller. Zweitens: Heute haben wir Hunderttausende von Menschen, die aufgrund ihres tiefen Einkommens nicht in die zweite Säule einzahlen und dadurch natürlich anfällig sind für die Abschaffung des BVG. Diese Reform bringt, zwar nicht alle, aber einen guten

STECKBRIEF PIRMIN BISCHOF

Wohnort: Solothurn.

Geburtsdatum: 24. Februar 1959.

Zivilstand: Verheiratet, drei Töchter.

Ausbildung: Rechtsstudium an der Universität Bern, Abschluss als Dr. iur., Abschluss an der Harvard-Universität in Cambridge / Massachusetts USA als «Master of Laws» (LL.M.), Anwaltpatent in der Schweiz und den USA.

Heutige berufliche Tätigkeit: Ständerat, Rechtsanwalt und Notar mit eigener Kanzlei in Solothurn.

Aktuelle politische Mandate: Ständerat seit 2011, Präsident der Aussenpolitischen Kommission (APK/S), Mitglied in der Wirtschafts- und Abgabepolitischen, der Sozial- und Gesundheitspolitischen sowie der Umwelt- und Energiekommission des Ständerates. Chef der Mitte-Fraktion im Ständerat. Gemeinderat der Stadt Solothurn seit 1997.

Frühere politische Mandate: Kantonsrat von 2005 bis 2007, Nationalrat von 2007 bis 2011.

Hobbies: Familie, Schwimmen und Skifahren, Fasnacht.

Teil dieser Menschen ins System. Das ist sozialpolitisch aus meiner Sicht richtig.

Das wird aber nicht ganz billig ...

Bischof: Richtig, das kostet natürlich etwas. Die Abwägung ist heikel, das ist klar. Aber wenn man die 2. Säule behalten will – und das muss ein politisches Ziel der gesamten Arbeitgeberschaft sein –, dann braucht es diese Reform. Die Variante ist ein sozialistisches System ohne eine selbst angesparte, wichtige Säule.

Ankli: Die Reform ist auch nötig, weil sonst eine weitere Verschiebung zwischen den Generationen, zwischen Jung und Alt, droht. Das bedeutet nämlich auf Dauer nichts anderes als den Tod eines solchen Systems. Kommt dazu, dass die Reform schliesslich auch Teilzeitarbeit attraktiver macht. In Zeiten des Arbeitskräftemangels müssen wir so viele Menschen wie möglich in den Arbeitsprozess bringen, auch als Teilzeitangestellte.

Imark: Die Reform trifft primär die kleinen und ganz kleinen Betriebe. Dort wird es Widerstand geben. Aber im Moment gibt es einfach keine bessere Lösung.

Die Wirtschaft leidet unter einem Fachkräfte-, mittlerweile sogar unter einem Arbeitskräftemangel. Die Zuwanderung aus EU-/EFTA-Staaten spielt hier eine

zentrale Rolle. Wollen Sie an der Personenfreizügigkeit mit den EU-/EFTA-Staaten festhalten?

Imark: Im Moment schieben wir das Problem einfach vor uns her. Wir haben eine derart hohe Zuwanderung, dass wir überall an Grenzen stossen, sei es beispielsweise bei der Infrastruktur, beim Verkehr, beim Boden oder bei den Erholungsgebieten. Im vergangenen Jahr hatten wir eine Nettozuwanderung von mehr als 180 000 Personen. Das kann einfach nicht in diesem Tempo weiter gehen.

Okay, aber nochmal: Wollen Sie an der Personenfreizügigkeit festhalten?

Imark: Die SVP hat ja eine Initiative lanciert («Keine 10 Millionen Schweiz!», d. Red.). Darin ist klar formuliert, dass der Bundesrat handeln muss, wenn die Zuwanderung eine gewisse Obergrenze überschreitet.

Ankli: Die Probleme einer ständig wachsenden Schweiz kann man nicht ignorieren. Die Initiative sieht vor, dass die Wirtschaft dennoch genug Fachkräfte aus dem Ausland rekrutieren kann. Aber genau das machen wir ja jetzt schon: Die heutige Zuwanderung ist primär darauf zurückzuführen, dass diese Menschen hier in der Schweiz eine Stelle finden – weil die Immigrantinnen und Immigranten von der Wirtschaft gebraucht werden. Diese Aus-

gangslage wird sich mit den vielen in den nächsten paar Jahren anstehenden Pensionierungen noch verschärfen. Überspitzt gesagt: Wer die Zuwanderung auf null herunterfahren will, versetzt der Schweizer Wirtschaft den Todesstoss.

Bischof: Im Bereich der Flüchtlingsmigration kann ich die Haltung der SVP bis zu einem gewissen Grad nachvollziehen. Wir sprechen hier von UNO-Recht, das definiert, wer als Flüchtling anerkannt ist und wer nicht. Hier hat es auch in diesem Jahr wieder einen starken Anstieg gegeben. Wir müssen diskutieren, wie wir in Zukunft mit reinen Wirtschaftsmigranten umgehen wollen.

Was bedeutet denn die Personenfreizügigkeit für die kleinen Gewerbetreibenden?

Bischof: Grosskonzerne können ihren Sitz verlegen und die Leute woanders anstellen. Aber für die Gastwirtin oder den kleinen Bauunternehmer in unserem Land, welche die Arbeitnehmenden aus Spanien oder Portugal brauchen, ist die Personenfreizügigkeit mit der EU der einfachste und billigste unbürokratischste Weg, um an genügend Leute zu kommen und überhaupt produzieren zu können. Die Personenfreizügigkeit aufzuheben, wie das die Initiative faktisch zum Ziel hat, wäre für die Schweizer Wirtschaft fatal.



STECKBRIEF REMO ANKLI

Wohnort: Beinwil.

Geburtsdatum: 14. Juni 1973.

Zivilstand: Ledig.

Ausbildung: Geschichtsstudium an den Universitäten Basel und Freiburg im Breisgau, Abschluss als lic. phil., Theologiestudium an der Universität Freiburg i. Ü., Abschluss als Dr. theol.

Heutige berufliche Tätigkeit: Regierungsrat.

Frühere politische Mandate: Gemeindepräsident von 2001 bis 2013, Kantonsrat von 2005 bis 2013.

Hobbies: Lesen, Städtereisen.

Imark: Das steht so nicht explizit im Initiativtext. Es heisst, man müsse Massnahmen ergreifen.

Da braucht es dann wohl noch Klärungsbedarf. Klar ist hingegen, dass heute und in den nächsten dreissig Jahren mehr Menschen den Arbeitsmarkt verlassen als neue Arbeitskräfte hinzukommen.

Ankli: Wir alle arbeiten vermehrt Teilzeit. Das ist ja O. K., aber es braucht logischerweise dann mehr Leute im Arbeitsprozess, um die gleiche Arbeitsleistung zu erreichen. Ob das Erhöhen der Pensen mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie einher gehen kann, steht natürlich auf einem anderen Blatt. Wahrscheinlich müssen wir vermehrt Anreize schaffen, um das eigene Potenzial besser auszuschöpfen.

Imark: Alle Anreize, die wir politisch in den letzten Jahren geschaffen haben, zielen darauf ab, dass die Menschen ihre Pensen reduzieren. Das kann ja auch nicht die Lösung sein. Und das Addieren von Pensen ist eben auch nicht so einfach: Zwei 50%-Stellen haben am Ende der Woche einfach nicht die gleiche Arbeitsleistung wie eine 100%-Stelle.

Bischof: Kommt dazu, dass wir anteilmässig immer mehr Akademikerinnen und Akademiker ausbilden. Das ist schön, aber das führt dazu, dass eminent wichtige handwerkliche oder kaufmännische Berufe ein Stück weit an den Rand gedrängt werden.

Ein Steilpass für den Solothurner Bildungsdirektor ...

Ankli: Was Pirmin Bischof gerade erwähnt hat, hat nichts mit Bildungspolitik, sondern mit gesellschaftlichem Wandel zu tun. Zumindest im Kanton Solothurn fördern wir die akademische Ausbildung nicht in besonderer Weise. Wir hatten in den letzten Jahren anteilmässig sogar einen Anstieg der Berufsausbildungen. Die Maturquote im Kanton Solothurn ist stabil. Gesamtschweizerisch gesehen gebe ich Pirmin Bischof Recht. Die Frage, ob die Anreize (z. B. relativ tiefe Studiengebühren) hier richtig gesetzt sind, muss diskutiert werden.

Imark: Ich würde nicht alles der akademischen Bildung in die Schuhe schieben. Vielmehr möchte ich festhalten, dass das viel gelobte Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre primär im öffentlichen Sektor stattgefunden hat. Der private Sektor ist geschrumpft oder er hat im besten Fall stagniert. In unserer Gesellschaft gibt es immer mehr Leute, die Brötchen essen und immer weniger, die Brötchen produzieren. Die öffentliche Industrie wird immer mehr gepusht. Das kann nicht die Lösung sein.

Ankli: Ein grosser Teil des Wachstums ist auf das Gesundheitswesen zurückzuführen. Je grösser der Anteil an älteren Menschen in einer Gesellschaft ist, desto höher ist der Pflege- und damit der Personalbedarf. Die so oft diskutierte Überversorgung verschärft dieses Problem noch.

Seit langer Zeit pocht die Wirtschaft darauf, dass das Verhältnis der Schweiz zur EU geregelt wird. Wie und wann soll das in trockene Tücher kommen?

Ankli: Der einseitige Abbruch der Verhandlungen mit der EU war aus meiner Sicht ein Fehler. Jetzt müssen wir zunächst darüber verhandeln, ob wir überhaupt verhandeln können. Aber wir stehen jetzt, wo wir stehen und ich glaube, zumindest einen gewissen Elan im Hinblick auf die Sondierungsgespräche wahrzunehmen. Wir brauchen schnellstmöglich ein Verhandlungsmandat. Die Themen liegen ja auf dem Tisch. Die Unionsbürgerrichtlinie ist wohl die grösste Knacknuss. Die Einwanderung in unser Sozialsystem ist schlicht nicht finanzierbar. Die restlichen Fragen sind meiner Meinung nach lösbar.

Wissen wir eigentlich, was wir als Schweiz wollen?

Bischof: Ich erlebe hier einen Bundesrat, der nicht so recht weiss, was er will. Das wird natürlich aussenpolitisch in den anderen Ländern wahrgenommen, was nicht gut ist. Der Bundesrat wirkt unentschlossen, ängstlich und zerstritten. In einer Situation, in der wir mit dem wichtigsten Handelspartner verhandeln müssen, ist das ganz schwierig.

Das klingt nicht nach einer baldigen Lösung im Sinne der Wirtschaft ...

Bischof: Die Bilateralen sind für die Schweiz zentral. Als Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Ständerates bin ich aber überzeugt, dass wir nur Erfolg haben, wenn wir zielstrebig und unaufgeregt verhandeln. Im Moment läuft es der Schweizer Wirtschaft mit der Personenfreizügigkeit und den anderen bilateralen Abkommen eigentlich recht gut. Wir sind bis jetzt nicht in eine Rezession gerutscht. Natürlich müssen wir das Verhältnis mit der Europäischen Union regeln – keine Frage. Aber man muss realistisch bleiben: Die EU will unter allen Umständen, dass sich die Schweiz institutionell der Europäischen Union angleicht. Das ist das Problem. Die Schweizer Bevölkerung wird nie und nimmer zulassen, dass die Kompetenzen bei den heiklen Dossiers wie der Personenfreizügigkeit nach Brüssel gehen. Da kann man noch lange um den Brei herumreden: Wir sind in den heiklen Fragen nicht weiter als beim damaligen Abbruch der Verhandlungen.



Fehlt denn der Druck, weil alle davon ausgehen, dass die Wirtschaft sich selber zu helfen weiss und entsprechende Strategien entwickelt hat oder dies noch tun wird, sollte die Rechtsunsicherheit mit der EU weiter anhalten?

Bischof: Das kann man so nicht sagen. Die Investitionstätigkeit in der Schweiz ist nicht zusammengebrochen. Das Problem liegt woanders – nämlich bei der Globalisierung: Wir sind ein kleines Land und haben grösstenteils vom Export in die ganze Welt gelebt und damit von der Globalisierung profitiert. Jetzt beginnt in den grossen Märkten, vor allem in den USA und in der EU, ein Protektionismus um sich zu greifen. In diesen Ländern wird mit staatlichen Mitteln belohnt, wer dort produziert. Wenn ein Unternehmen von der deutschen Regierung Land fast oder ganz gratis erhält, geht es dort hin. Das hat mit dem Verhältnis Schweiz-EU herzlich wenig zu tun.

Imark: Natürlich ist es einfacher, Normen zu übernehmen, wenn man bei einer Organisation wie der EU dabei ist. Aber zu welchem Preis? Natürlich hätte ich auch gerne ein Stromabkommen. Aber nicht, wenn wir dafür die direkte Demokratie oder unsere Souveränität bachab schicken müssen.

Ankli: Ich bin völlig einverstanden, dass unsere demokratischen Strukturen auch gegenüber der EU greifen müssen. Aber

wir können das Dossier nicht einfach vor uns herschieben. Wenn die Rahmenbedingungen schleichend schlechter werden, besteht die Gefahr, dass man diese Verschlechterungen gar nicht richtig wahrnimmt.

Eine funktionierende und berechenbare Energieversorgung ist für Wirtschaft und Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Unterstützen Sie in diesem Zusammenhang den Bau neuer AKWs?

Imark: Selbstverständlich. Ein neues AKW ist aber eine mittel- und langfristige Lösung.

Bischof: Für die drohende Winterlücke kommen neue AKWs viel zu spät. Die Kernforschung gilt es aber aufrechtzuerhalten. Vor allem müssen wir die vier Anlagen, die wir noch haben, möglichst lange am Netz halten – solange sie noch sicher sind.

Ankli: Wir dürfen uns auch im Bereich der Kernenergie der technischen Entwicklung nicht verschliessen. Sollte es in ein paar Jahren neue technische Möglichkeiten geben, muss man dafür offen sein. Das kann auch der Bau eines neuen AKWs sein.

Sind Sie dafür, den Umwelt-, Denkmal- und Landschaftsschutz einzuschränken, um den Ausbau von erneuerbaren Energien zu forcieren?

Ankli: Man kann nicht alles haben. Wenn vor allem der Landschaftsschutz in Zukunft die gleiche Priorität geniessen wird wie bisher, wird die Energiewende nicht gelingen.

Bischof: Die Umwelt- und Energiekommission tut dies mit dem sogenannten Mantelerlass (eine umfassende Revision des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes, d. Red.). Das wäre vor fünf Jahren undenkbar gewesen. Die Lösung ist etwas ziemlich Banales: eine Interessensabwägung. Manchmal wird sich die Umwelt durchsetzen, manchmal die Energieproduktion. Ein gutschweizerischer Weg!

Imark: Die Vorlage ist ja noch nicht fertig. Es braucht hier noch ein paar Korrekturen und dann ist die Vorlage mehrheitsfähig und ich kann die Frage mit Ja beantworten.

Welches sind wichtige kantonale Anliegen, welche die Solothurner Ständevertreter in Bern einbringen sollten?

Bischof: Ein gutes Beispiel ist der Gesundheitsbereich. Wir sind ein eher ländlicher Kanton, haben drei kleinere Städte und zwei grosse Spitäler. Im Bereich der Ärzterversorgung und -zulassung und auch bei der Spitaldichte haben wir spezielle Probleme, sprich einen relativ hohen Finanzierungsbedarf. Die Solothurner Ständeräte pflegen hier einen intensiven und kreativen Austausch mit dem Regierungsrat.

STECKBRIEF CHRISTIAN IMARK

Wohnort: Fehren.

Geburtsdatum: 29. Januar 1982.

Zivilstand: Verheiratet, zwei Kinder (drei und vier Jahre).

Ausbildung: Polymechaniker, BA in Architektur (BFH).

Heutige berufliche Tätigkeit: Inhaber und Geschäftsführer der Airboxx GmbH, der Fehrenpark AG sowie der JMD AG, Nationalrat.

Aktuelle politische Mandate: Nationalrat seit 2015, Vizepräsident der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK-N), Mitglied der Geschäftsprüfungskommission (GPK-N), Präsident der Schweizer Recycler VSMR, Präsident SVP Kanton Solothurn.

Frühere politische Mandate: Kantonsrat von 2001 bis 2015, Kantonsratspräsident 2012.

Hobbies: Kochen, Wandern, Zeit mit der Familie verbringen.

Imark: Eine Kantonsregierung muss natürlich selber beurteilen, ob sie ihre Interessen in Bern nur über die Ständeräte wahrnehmen will oder nicht. Kommt dazu, dass der Kanton Solothurn ja keine Einheit ist. Wir haben viele Regionen mit eigenen Interessen. Aus der Bevölkerung nehme ich wahr, dass vor allem Infrastrukturprojekte von Interesse sind.

Ankli: Die Regierung und die Ständeräte haben einen regen Austausch, das kann ich bestätigen. Ein gutes Beispiel aus meinem Fachbereich ist die BFI-Botschaft (Bildung, Forschung und Innovation; d. Red.). Hier geht's um das Geld, das der Bund in diese drei Bereiche investiert. Da hat der Kanton Solothurn ein grosses Interesse, dass die Berufsbildung bei der Verteilung dieser Gelder nicht geschwächt wird. Wir sind ein Berufsbildungskanton. Weitere Beispiele sind Infrastruktur- und Raumplanungsfragen, wo der Kanton Solothurn aufgrund seiner Lage spezifische Interessen hat.

Bischof: Natürlich vertreten die Ständeräte auch die wirtschaftlichen Interessen ihres Kantons. Das Stahlwerk Gerlafingen ist ein gutes Beispiel dafür. Wir als Industriekanton haben ein grosses Interesse, dass dieser Betrieb weiterhin arbeiten kann. Wenn nun andere Länder ihre Industrien subventionieren, wird es für einen Schweizer Betrieb noch schwieriger. In solchen Situationen können und sollen die Ständevertreter in Bern entsprechendes Lob-

bing betreiben. Schliesslich geht es hier um eine grosse Firma mit vielen Arbeitsplätzen.

Imark: Man muss auch bedenken, dass das Werk in Gerlafingen das einzige Recyclingwerk für Stahl ist, welches wir in der Schweiz noch haben. Wenn das wegfällt, wird der Stahl einfach in Europa herumgekartt und es fehlen uns wichtige Rohstoffe. Das ist völlig unsinnig.

Der Kanton Solothurn ist einer der grössten Pro-Kopf-Bezüger aus dem Finanzausgleich. Das ist nicht gerade ein Ruhmesblatt ...

Ankli: Wir haben einnahmenseitig ein Problem bei den juristischen Personen. Dies liegt vor allem daran, dass die historisch starke Industrie im Kanton entweder nicht mehr existiert oder einem straken Wandel unterworfen ist. Wir sind ein Kanton mit Industriebrachen. Aber diese werden umgenutzt. Hier sehe ich ein grosses Potenzial.

Bischof: Natürlich sind wir als einer der grössten Industriekantone ein Verlierer bei der Deindustrialisierung. Aber wie Remo Ankli schon gesagt hat: Das Potenzial ist da. Und man darf nicht vergessen, dass wir hier auch Vorteile geniessen. Im Vergleich zum Kanton Zug, wo sich eine «normale» Zugerin keine Wohnung mehr leisten kann, ist das hier noch möglich. Und zwar auch für den Mittelstand.

Imark: Es gibt immer Verbesserungspotenzial. Ich stelle einfach fest, dass der Kanton Solothurn in den Statistiken vorne liegt, wenn es ums Geldausgeben geht. Bei den Einnahmen hingegen, stehen wir immer hinten in der Tabelle.

Ankli: Noch ein Wort zu unserer Rolle als Nehmer im Finanzausgleich: Der Kanton Solothurn ist ein grosser und wichtiger Logistikstandort, wovon ein grosser Teil der Schweiz profitiert. Die Firmen, welche die Lagerhäuser betreiben, zahlen ihre Steuern vor allem an ihren Hauptsitzen – meist ausserhalb des Kantons. Die Belastung haben aber wir. Der Finanzausgleich hat auch etwas mit dem Ausgleich von Belastungen zu tun.

Zum Schluss: Warum sollten die Leserinnen und Leser des Wirtschaftsflash Sie auf ihren Wahlzettel schreiben?

Bischof: Ich bin mit Freude und Energie Ständerat. Den Menschen in unserem Kanton nützen Schaumschlägereien und Affentheater nichts. Sie erwarten zu Recht Lösungen. Als Mitglied von vier Schlüsselkommissionen und Chef der Mitte-Gruppe, der grössten Fraktion im Ständerat, kann ich die grossen «Baustellen» mitprägen und so dazu beitragen, das Erfolgsmodell Schweiz zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Imark: Es braucht Praktiker und nicht nur Theoretiker in Bern, damit das Erfolgsmodell Schweiz bewahrt und weiterentwickelt werden kann. Als Unternehmer und Familienvater sind mir die Alltagssorgen der Menschen und der Wirtschaft sehr wohl bekannt. Gleichzeitig habe ich einen breiten Erfahrungsschatz in der Politik und bin bestens vernetzt. Ich bin überzeugt, dass ich mich für einen Grossteil unserer Bevölkerung gut einbringen kann.

Ankli: Als ehemaliger Gemeindepräsident und mittlerweile seit zehn Jahren als Regierungsrat glaube ich den Kanton in seiner Vielfalt und Komplexität sehr gut zu kennen. Weiter habe ich genug politische Erfahrung, um mehrheitsfähige Lösungen mitzuentwickeln und diese auch zu vertreten. Diesen Erfahrungsrucksack möchte ich gerne nach Bern tragen und mich im Ständerat für unseren Kanton einsetzen. ■

75 Fragen an Kandidierende zu ihren politischen Werten

Im Herbst wählen die Solothurner Stimmberechtigten sechs Mitglieder in den Nationalrat und zwei Mitglieder in den Ständerat. Insgesamt stellen sich 170 Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl. Doch welche Parteien vertreten die Interessen der Solothurner Wirtschaft am besten? Die Solothurner Handelskammer und der KMU- und Gewerbeverband Kanton Solothurn haben die politische Positionierung der Wirtschaftsverbände ermittelt und diese mit den Parteien verglichen.

Text: Sandra Spirig

Als Methode für den Vergleich der Positionen der Wirtschaftsverbände, der Kandidierenden und der Parteien wurde wieder die Online-Wahlhilfe smartvote gewählt. Vor den Sommerferien wurden alle Kandidatinnen und Kandidaten aufgefordert, bis spätestens Mitte August die 75 Fragen des Online-Fragebogens zu beantworten.

Die Positionen der beiden Wirtschaftsverbände sind praktisch identisch

Gleichzeitig füllten 22 Vorstandsmitglieder der Solothurner Handelskammer und fünfzehn Mitglieder der Gewerbekammer des KMU- und Gewerbeverbandes Kanton Solothurn den Fragebogen aus, wobei sich die beiden Verbände auf 55 Fragen mit direktem Wirtschaftsbezug beschränkten. Trotz der unterschiedlichen Mitgliederbasis haben die Vertreter der beiden Wirt-

schaftsverbände praktisch die identischen Antworten gegeben.

smartspider zeigen die Positionen

Nach Ablauf der Frist haben 89 Prozent der Nationalratskandidaten und alle Ständeratskandidaten den Fragebogen ausgefüllt. Für den Vergleich liessen die Wirtschaftsverbände von ihrer Positionierung sogenannte smartspider erstellen und verglichen diese mit den Positionen der Ständeratskandidaten und der Parteien. ■

ONLINE-WAHLHILFE SMARTVOTE

Mit smartvote ermitteln Wählerinnen und Wähler durch Fragen zu verschiedenen Themen ihre politischen Werte. Anschliessend können diese mit denjenigen von Parteien und Politikern verglichen werden. Smartvote wurde anlässlich der Schweizer Parlamentswahlen 2003 erstmals als Hilfe bei der Entscheidungsfindung angeboten und sogleich von einem breiten Publikum genutzt. Bei den nationalen Wahlen 2019 haben gut 500 000 Personen smartvote genutzt. Heute wird smartvote von «Politools – Political Research Network» betrieben, einem politisch und konfessionell unabhängigen Verein mit Sitz in Bern.

Anzeige



WS SKYWORKER[®]
Arbeitsbühnen - Vermietung

Garantierte Sicherheit und Kompetenz!
Mietservice schweizweit 0800 813 813
www.ws-skyworker.ch miete@ws-skyworker.ch



**Wir machen
Wohn(t)räume
wahr!**

- Tapezierarbeiten
- Wandgestaltung
- Fassadenanstriche
- Schimmelsanierung

 **MENZ**
dipl. Malermeister

 **032 637 59 59**

www.malerei-menz.ch



Bodenbeläge . Teppiche . Parkett
Industriebeläge . Vorhangsysteme

Mobilia Solothurn AG
032 622 34 24
info@bodenmobilia.ch
bodenmobilia.ch

bodenMobilia

PIRMIN BISCHOF
WIEDER
IN DEN
STÄNDERAT

Die
Mitte

Dä bringt's!



STÄNDERATSWAHLEN, 22. OKTOBER 2023
pirmin-bischof.ch



 **solidis**
EINEN SCHRITT • VORAUSS

Steuern.

Solidis Revisions AG
Solidis Treuhand AG
info@solidis.ch
solidis.ch

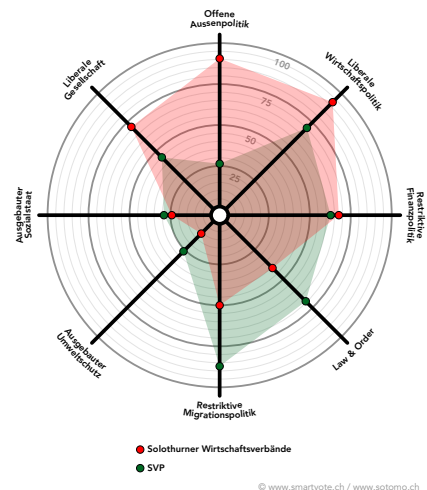
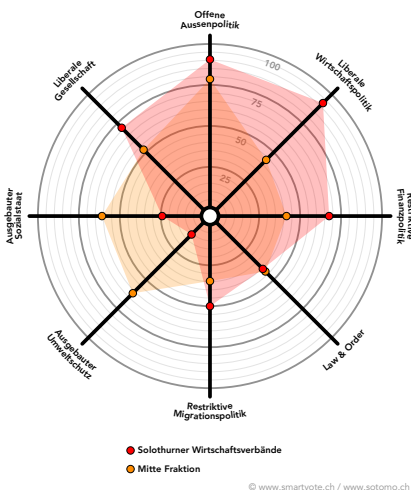
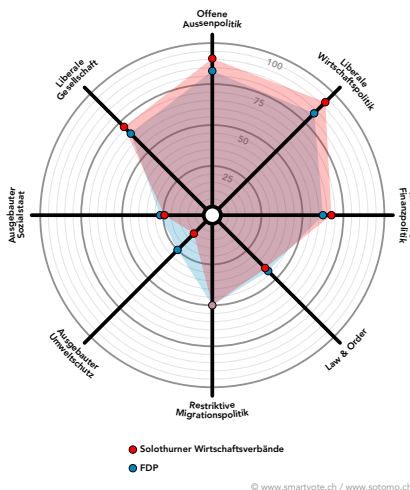
 **EXPERT
SUISSE**
Certified Company

 **TIAG**
A member of the group of companies TIAG

Der Freisinn steht der Wirtschaft am nächsten

Die FDP und die Jungfreisinnigen stehen der Solothurner Wirtschaft und dem Gewerbe am nächsten. Dies zeigt ein Vergleich der Positionen der Wirtschaftsverbände mit den Parteien, welche mittels der Online-Wahlhilfe smartvote ermittelt wurde. Auf den Freisinn folgen die SVP und die Mitte. Die Linken haben mit der Position der Wirtschaft nur wenig gemeinsam.

Text: Sandra Spirig | Grafiken: smartvote



FDP: Ähnliche Ausprägungen wie die Wirtschaftsverbände

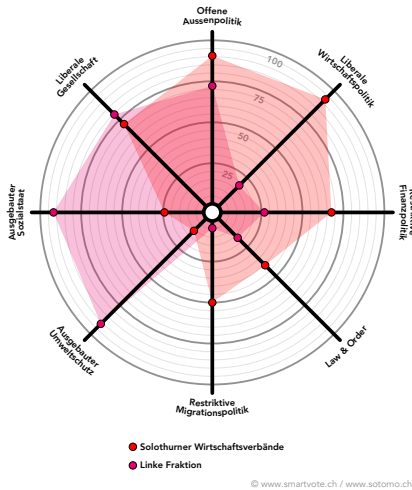
Die Positionierung der FDP. Die Liberalen und der Jungfreisinnigen hat eine ähnliche Ausprägung wie die Wirtschaft. Die höchsten Werte erzielen die Freisinnigen wenig überraschend bei der liberalen Wirtschaftspolitik und der offenen Aussenpolitik, die tiefsten beim Ausbau des Sozialstaates und beim Ausbau des Umweltschutzes.

Mitteparteien: Hohe Werte beim Umweltschutz und beim Sozialstaat

Die Mitteparteien belegen das Profil einer typischen Mittepositionierung. Im Vergleich zur Wirtschaft bestehen bei der liberalen Wirtschaftspolitik, beim Ausbau des Sozialstaates und beim Ausbau des Umweltschutzes die grössten Differenzen. Hohe Übereinstimmungen werden bei Law & Order, bei der Aussen- und der Migrationspolitik erzielt.

SVP: Knackpunkte Aussen- und Migrationspolitik

Die SVP zeichnet das Bild einer konservativen Partei. Bei der restriktiven Finanzpolitik sowie beim Ausbau des Umweltschutzes und des Sozialstaates gehört die SVP mit der FDP zu den verlässlichsten Partnern der Wirtschaft. Grosse Unterschiede zur Positionierung der Wirtschaft bestehen hingegen bei der Migrationspolitik und vor allem bei der offenen Aussenpolitik.



SO HABEN WIR GEMESSEN

Insgesamt haben per Stichtag vom 23. August 2023 151 von 170 Nationalratskandidatinnen und -kandidaten die Fragen der Online-Wahlhilfe beantwortet. Die smartspider zeigen die Übereinstimmung der Wirtschaft mit den Positionen der Parteien, die gemeinsam eine Listenverbindung eingegangen sind. Dies sind in den Grafiken die SVP und MASS-VOLL! (SVP), Die Mitte, gip und EVP (Mitte-Fraktion) sowie SP und Grüne (Linke Fraktion). Die jeweiligen Jungparteien sind immer mitgemeint.

Auf insgesamt acht Dimensionen von liberaler Wirtschaftspolitik bis zu offener Aussenpolitik lassen sich so politische Werthaltungen auf einer Skala von 1 bis 100 verorten. Hohe Werte geben an, dass man eine gewisse Position (z. B. einen ausgebauten Sozialstaat) unterstützt, tiefe Werte bezeichnen deren Ablehnung.

Linksparteien: Grosse Differenzen zur Wirtschaft

Der smartspider der Linksparteien zeigt grosse Differenzen zur Positionierung der Wirtschaft. Markant sind die Unterschiede beim Ausbau des Sozialstaates und des Umweltschutzes. Auch bei der liberalen Wirtschaftspolitik und bei der Finanzpolitik unterscheiden sich die Werte stark. Eine grosse Übereinstimmung besteht hingegen bei der Aussenpolitik.

Anzeige

**Weniger ist mehr:
Das gilt bei uns
nur für die Kosten.**

Weil gemeinsam besser ist.

Die Asga ist eine Genossenschaft. Das bedeutet, dass wir nur Ihren Gewinn zum Ziel haben. Dies erreichen wir auch, indem wir zu den Pensionskassen mit den tiefsten Verwaltungskosten gehören.

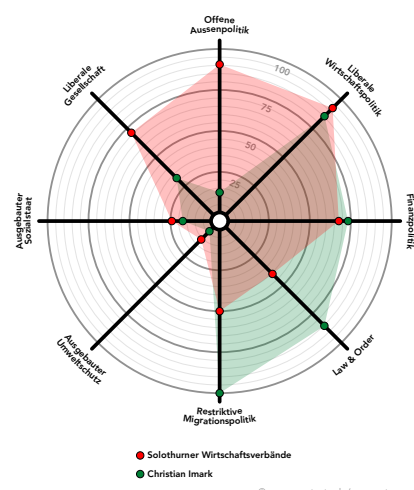
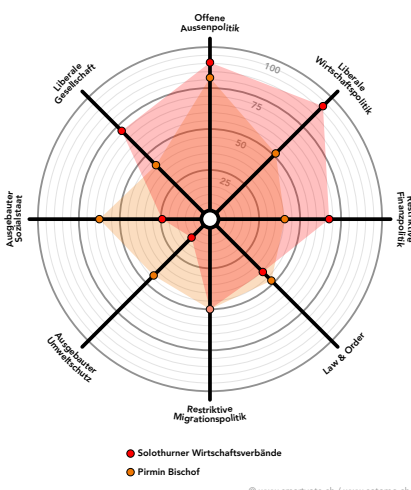
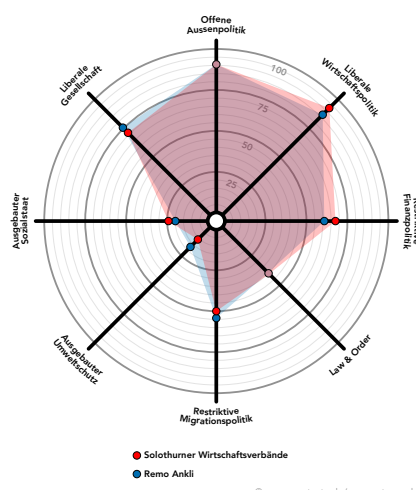
Erfahren Sie mehr über die Vorteile unserer genossenschaftlich organisierten Pensionskasse.
www.asga.ch

 **asga**
pensionskasse

Ankli, Bischof, Imark und Künzli sind nah an Wirtschaft

Von den sechs Ständeratskandidaten steht der freisinnige Remo Ankli der Wirtschaft am nächsten. Überdurchschnittlich schneiden auch der amtierende Mitte-Ständerat Pirmin Bischof, SVP-Nationalrat Christian Imark und der grünliberale Dieter Künzli ab. Bei den linken Kandidierenden Franziska Roth (SP) und Felix Wettstein (Grüne) finden sich kaum noch gemeinsame Positionen mit der Wirtschaft.

Text: Sandra Spirig | Grafiken: smartvote



Remo Ankli: Hohe Übereinstimmung mit der Wirtschaft

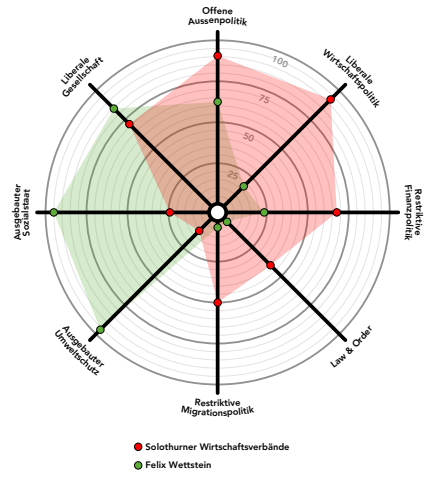
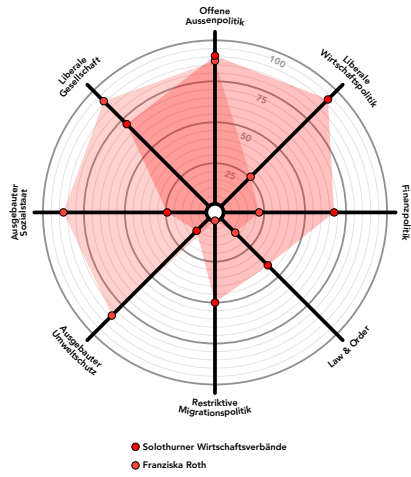
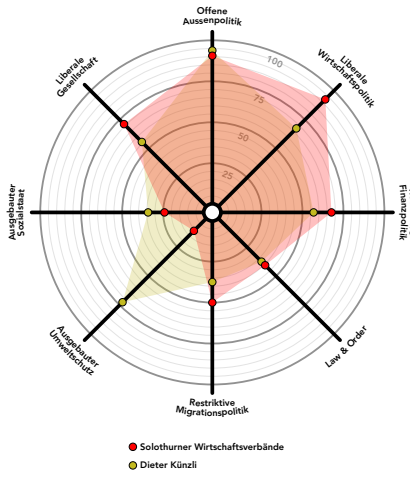
Die Positionierung des freisinnigen Ständeratskandidaten aus dem Schwarzbubenland hat eine hohe Übereinstimmung mit der Wirtschaft. Differenzen sind kaum auszumachen. Die gewerblichen Wurzeln scheinen tief in der DNA des Regierungsrates verankert. Remo Ankli würde sich auch bei der Rangliste der Nationalratskandidaten ganz vorne einreihen.

Pirmin Bischof: Der wirtschaftsnahe Mittepolitiker

Die Ausprägungen von Pirmin Bischof zeigen sich wirtschaftsnaher als jene der Mitteparteien. Die höchste Übereinstimmung erzielt der Stadtsolothurner bei der Aus- und Migrationspolitik sowie bei Law & Order. Die grössten Differenzen finden sich bei der liberalen Wirtschaftspolitik sowie beim Ausbau des Sozialstaates und des Umweltschutzes.

Christian Imark: Wirtschaftsliberal und staatskritisch

Beim Ausbau des Sozialstaates und des Umweltschutzes sowie bei der liberalen Wirtschaftspolitik politisiert der Schwarzbube voll auf der Linie der Wirtschaftsverbände. Grössere Unterschiede bestehen jedoch bei der Migrationspolitik und vor allem bei der Aussenpolitik.



Dieter Künzli: Der grüne Wirtschaftsvertreter

Die grösste Differenz zur Positionierung der Wirtschaft ist bei Dieter Künzli im Bereich Umweltschutz auszumachen. Im Umkehrschluss gibt es Abstriche bei der liberalen Wirtschaftspolitik. Ansonsten sind die Übereinstimmungen des Schwarzbuben mit den Wirtschaftsverbänden gross, insbesondere bei der Aussenpolitik.

Franziska Roth: Aussenpolitik als einziger gemeinsamer Nenner

Abgesehen von der offenen Aussenpolitik hat Franziska Roth wenig Gemeinsamkeiten mit der Positionierung der Wirtschaft. Die Differenzen zur liberalen Wirtschaftspolitik sowie zum Ausbau des Sozialstaates und des Umweltschutzes, aber auch zur Finanz- und Migrationspolitik und zu Law & Order sind frappant.

Felix Wettstein: Der Anti-Wirtschaftsvertreter

Mit Höchstwerten beim Ausbau des Umweltschutzes und des Sozialstaates ist Felix Wettstein weit von der Positionierung der Wirtschaft entfernt. Grosse Unterschiede bestehen auch bei der liberalen Wirtschaftspolitik, bei Law & Order und bei der Migrationspolitik. Interessanterweise sind auch bei der Aussenpolitik grössere Differenzen auszumachen.

Anzeige

BDO

Werte teilen – Zukunft gestalten

Sie erwarten nicht nur Dienstleistung, sondern Zusammenarbeit?

Wir gehen Ihre Herausforderungen gemeinsam an.

BDO AG | 4500 Solothurn | Tel. 032 624 62 46
www.bdo.ch

Ihre Partner für Recht

Kaiser Simmen Cattin Partner
Rechtsanwälte und Notare 



«Wettbewerbsfähige und florierende Unternehmen schaffen Wohlstand und bilden das Fundament für die physische und soziale Sicherheit unseres Landes.»

22. Oktober 2023

Remo Ankli

in den Ständerat

FDP
Die Liberalen

Simon Michel

übernimmt Verantwortung für
Arbeitsplätze im Kanton Solothurn



Liste 1

Unser Unternehmer
in den Nationalrat

Gegen Versicherungsmissbrauch.
Für faire Leistungen und Prämien.

[suva.ch/
missbrauch](https://suva.ch/missbrauch)

Die Suva verfolgt eine Null-Toleranz-Politik gegenüber Versicherungsmissbrauch und geht konsequent dagegen vor. Denn Betrug schadet den ehrlichen Versicherten und dem Werkplatz Schweiz. Die Suva bekämpft Versicherungsbetrug deshalb konsequent und setzt sich damit für faire Leistungen, faire Prämien und einen fairen Werkplatz Schweiz ein.

suva

Mehr Abstimmungsniederlagen als auch schon

Mit dem Ende der nationalen Legislaturperiode bietet sich an, Bilanz zu ziehen: Welche Erfolge und Niederlagen konnten die Solothurner Wirtschaftsverbände an der Urne verbuchen? Wo konnten sie auf die Unterstützung der Stimmbevölkerung und der politischen Parteien zählen und welche Partner erwiesen sich am verlässlichsten? Die Analyse zeigt: Das Verständnis für wirtschaftspolitische Fragen ist zwar gut, aber eher etwas gesunken.

Text: Charlie Schmid | Daten und Berechnungen: Paul Meier

In den vergangenen vier Jahren war das Solothurner Stimmvolk stärker gefordert als auch schon: Insgesamt 54 Sachfragen wurden an dreizehn Abstimmungssonntagen entschieden. In den Jahren zwischen 2015 und 2019 waren es nur 38 Urnengänge gewesen. Das strengere Programm ist im Wesentlichen einer höher getakteten Kantonspolitik geschuldet: Die Anzahl kantonaler Abstimmungsvorlagen erhöhte sich von fünf auf achtzehn. KGV und SOHK bezogen fallweise Position, wenn sie eine Abstimmung als wirtschaftsrelevant erachteten. Beim KGV war dies 33-mal der Fall (26 eidgenössische resp. sieben kantonale Abstimmungen), die SOHK gab 41-mal eine Parole aus (29 resp. zwölf).

In sieben von zehn Fällen erfolgreich

Das Solothurner Stimmvolk votierte in 73 Prozent der Fälle im Sinne des KGV und in 68 Prozent im Sinne der SOHK. In etwa sieben von zehn Abstimmungen fällt das Verdikt also grundsätzlich wirtschaftsfreundlich aus. Das mag auf den ersten Blick ganz vernünftig klingen, schliesslich war der KGV in der Vorperiode von 2015 bis 2019 mit rund 76 Prozent gewonnenen Abstimmungen nur wenig mehr siegreich. Die SOHK erzielte jedoch in der damaligen Legislaturperiode noch eine stolze Erfolgsquote von 86 Prozent. Das Verständnis für industriepolitische Sachfragen ist also um

rund 18 Prozent gefallen – beunruhigend. Die Resultate fallen minimal besser aus, wenn nur mit den gesamtschweizerischen Resultaten verglichen wird. Die Erhöhung des AHV-Rentenalters für Frauen fand national nämlich eine haarscharfe Mehrheit (50,2 Prozent), wurde im Kanton Solothurn jedoch abgelehnt. Und dann gab's im November 2020 noch eine Seltenheit: Zur Konzernverantwortungs-Initiative setzte es ein knappes Ja der Stimmenden ab (50,7 Prozent); sie scheiterte aber am Nein der Kantone (Ständemehr), wozu auch der Kanton Solothurn beitrug. Diese zwei hauchdünnen Erfolge sind umso stärker zu gewichten, als dass auch einige Niederlagen – vorwiegend in Steuerfragen – verzeichnet werden mussten.

Blick zurück auf die wichtigsten Vorlagen

Letzten Juni wurden die kantonalen Zwillingeninitiativen für ein Moratorium bei den Steuerabzügen und den Katasterwerten zum Missfallen von Wirtschaft und Gewerbe abgelehnt. Mitte der Legislatur fanden die Abschaffung der Verrechnungs- sowie der Stempelsteuer keine Gnade vor dem Stimmvolk. Etwas länger her ist das deutliche Nein zu höheren Kinderabzügen bei der Bundessteuer und das gleichzeitige Ja zur Einführung eines Vaterschaftsurlaubs. Zwei weitere Niederlagen erlitten die Wirt-

schaftsverbände bei den gutgeheissenen Verschärfungen bezüglich Tabakwerbung sowie bei der abgelehnten Einführung einer e-ID.

Demgegenüber können aber auch einige wichtige Erfolge hervorgehoben werden: Auf Kantonsebene waren dies etwa die Umsetzung der AHV-Steuvorlage, die abgelehnte «Jetzt si mir draa»-Initiative, die gleichzeitige Zustimmung zum Gegenvorschlag und die nachgängig obsolet gewordene Annahme der Umfahrung Klus. Nationale Erfolge konnten mit der verworfenen Zuwanderungs- oder der 99-Prozent-Initiative gefeiert werden. Ebenfalls von nicht zu unterschätzender Bedeutung: die Annahme aller kantonalen und nationalen Vorlagen die Covid-Pandemie betreffend, wodurch auch die finanziellen Unterstützungsmassnahmen an Firmen gutgeheissen wurden.

FDP vor der Mitte und SVP

Ein Vergleich mit den Abstimmungsparolen der grossen politischen Parteien fördert kaum neue Erkenntnisse zutage: Die drei bürgerlichen Parteien FDP, Die Mitte und SVP sind und bleiben die verlässlichsten Partner von SOHK und KGV. Spannend jedoch: Die FDP erzielt in der ausgehenden Legislaturperiode ein fast makellooses Resultat. Beim CO₂-Gesetz empfahlen die

Freisinnigen analog zum KGV Stimmfreigabe und unterschieden sich damit von der Ja-Parole der Handelskammer. Ansonsten resultierte eine hundertprozentige Übereinstimmung mit der Solothurner Wirtschaft.

Mit der Mitte gab es sieben Differenzen zur SOHK und vier zum KGV, wodurch immer noch sehr gute Werte über achtzig Prozent resultieren. Wesentliche Abweichungen zur ehemaligen CVP gab es insbesondere bei gesellschaftspolitischen Fragen, etwa beim Tabakverbot oder beim Vaterschaftsurlaub. Die SVP landet mit 79 (KGV) resp. 76 Prozent (SOHK) Übereinstimmung

knapp auf dem Bronzeplatz. Erwähnenswerte Unterschiede zwischen Volkspartei und Wirtschaftsverbänden gab es bei den Covid-Vorlagen, der Zuwanderungsinitiative und jüngst beim Klimaschutzgesetz.

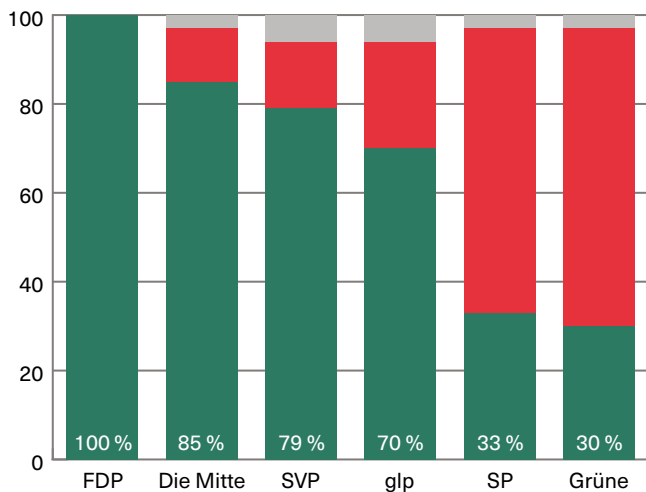
Auf der anderen Seite des Spektrums

Mit der glp hat sich ein politischer Akteur etabliert, der etwa in zwei Dritteln der Fälle die Haltung der Wirtschaftsverbände teilt. Relevante Differenzen gab es in der Vergangenheit, wenn etwa über stärkere Regulierungen im Umweltbereich befunden wurde, z. B. bei der Trinkwasser-, der Maschinerhaltungs- oder der Konzernverantwortungsinitiative.

Gerade mal in einer von drei Abstimmungen stimmen SP und Grüne mit der Wirtschaft überein. Dieser Deckungsgrad wird zusätzlich durch den Umstand relativiert, dass er auch eine Handvoll unbestrittener Vorlagen beinhaltet, die keine offizielle Opposition erfahren haben und in welchen sich die Parteien von links bis rechts einig waren. Die entscheidenden Übereinstimmungen mit Rot-Grün sind daher schnell aufgezählt: Zuwanderungsinitiative, Klimaschutzgesetz, Covid-Vorlagen und «Jetzt si mir draa». Wem aber eine wirtschafts- und gewerbefreundliche Politik am Herzen liegt, lässt von den beiden linken Parteien am 22. Oktober besser die Finger. ■

Parolen der Wirtschaftsverbände im Vergleich mit den Parteien

KGV SO

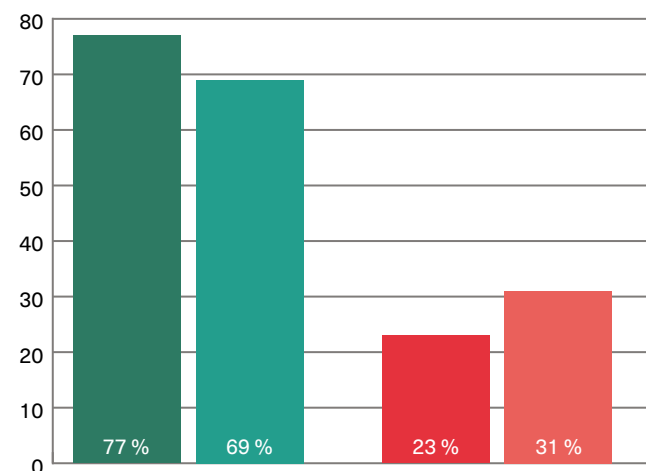


SOHK

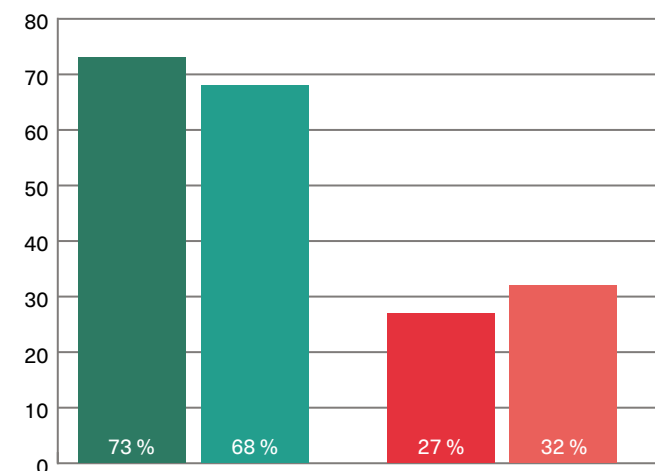


Parolen der Wirtschaftsverbände im Vergleich mit den Abstimmungsergebnissen

Bund



Kanton



■ pro KGV SO ■ kontra KGV SO ■ pro SOHK ■ kontra SOHK ■ keine Parole / Stimmfreigabe

Den Parteien auf den Zahn gefühlt

Wirtschaftsflash wollte von den Solothurner Parteien wissen, wie sie sich in zehn wirtschaftsrelevanten Fragen positionieren. Dabei wurden die sechs Parteien angeschrieben, die im Kantonsrat über Fraktionsstärke verfügen. Die Parteien durften in maximal zwei Fragen einen «Joker» ziehen, ansonsten waren nur Ja- oder Nein-Antworten erlaubt. Kommentare und Bemerkungen waren nicht zulässig.

Umfrage: Charlie Schmid

Die 10 Fragen an die Parteien

	SVP	FDP	Die Mitte	GLP	SP	Grüne
Befürworten Sie eine Koppelung des AHV-Rentenalters an die Lebenserwartung?	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
Befürworten Sie die Einführung eines Mindestlohns für alle Arbeitnehmenden?	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja
Soll die Schweiz die Bilateralen Verträge mit der EU kündigen und ein Freihandelsabkommen ohne Personenfreizügigkeit anstreben?	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
Soll gegen Ausgaben des Bundes ab einer bestimmten Höhe ein Referendum ergriffen werden können (fakultatives Finanzreferendum)?	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Nein
Befürworten Sie Steuersenkungen auf Bundesebene in den nächsten vier Jahren?	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein
Sollen die Radio- und Fernsehgebühren reduziert werden, indem sie auf 200 Franken pro Haushalt gesenkt und Unternehmen gänzlich befreit werden?	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein
Sollen für die Gewährleistung der Versorgungssicherheit in der Schweiz wieder neue Atomkraftwerke gebaut werden dürfen?	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein
Sollen für den Ausbau von erneuerbaren Energien die Vorschriften des Umwelt- und Landschaftsschutzes gelockert werden?	Ja	Ja	Ja	Ja	Joker	Nein
Sollen stark befahrene Autobahnabschnitte ausgebaut werden?	Ja	Ja	Ja	Nein	Joker	Nein
Sollen die Anforderungen an die gymnasiale Maturität erhöht werden?	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein

WAHLEMPFEHLUNGEN

Vom KGV SO und der SOHK empfohlene Kandidierende

Die beiden Wirtschaftsverbände KMU- und Gewerbeverband Kanton Solothurn und die Solothurner Handelskammer haben unterschiedliche Kriterien, nach denen sie Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl empfehlen.

Text: Andreas Gasche und Daniel Probst

Der KMU- und Gewerbeverband Kanton Solothurn empfiehlt Kandidatinnen und Kandidaten, welche die Interessen des Gewerbes vertreten und die seit mindestens einem Jahr Mitglied des KGV SO sind. Die zur Wahl empfohlenen Personen sollten entweder Unternehmerinnen oder Unternehmer, mitarbeitende Partnerinnen oder Partner oder leitende Angestellte sein.

Bei der **Ständeratswahl** unterstützt der KGV SO die beiden bürgerlichen Kandidaten, den bisherigen **Pirmin Bischof** (Die Mitte), Mitglied der Stadt- und Gewerbevereinigung Solothurn, und Nationalrat **Christian Imark** (SVP), Einzelmitglied beim KGV SO.

Die Solothurner Handelskammer hat für die Eidgenössischen Wahlen 2023 drei individuelle Wahlempfehlungen veröffentlicht. Es sind dies die Vorstandsmitglieder **Simon Michel** und **Christian Thalmann** und der Direktor **Daniel Probst**.

Die vom KGV SO empfohlenen Nationalratskandidatinnen und -kandidaten sind:



Liste 1

- Markus Dietschi, Selzach, SGV Solothurn
- Simon Michel, Solothurn, SGV Solothurn / GV Grenchen
- Manuela Misteli-Sieber, Biberist, Gewerbe Region Biberist



Liste 2

- Thomas Fürst, Olten, SGV Solothurn
- Markus Spielmann, Starrkirch-Wil, Gwärb Niederamt



Liste 5

- Richard Aschberger, Grenchen, Einzelmitglied
- Christian Imark, Fehren, Einzelmitglied
- Sibylle Jeker, Büsserach, Gewerbeverein Thierstein
- Rémy Wyssmann, Kriegstetten, Einzelmitglied



Liste 6

- Christian Riesen, Wangen b. Olten, Gewerbeverein Wangen bei Olten



Liste 14

- Rea Eng-Meister, Erlinsbach SO, Vorstand KGV SO



Liste 15

- Michael Grimbichler, Gempen, Gewerbeverein Dorneckberg



Liste 17

- Martin Blapp, Wangen b. Olten, Gewerbeverein Wangen bei Olten

GLP Liste 23

- Thomas Lüthi, Hägendorf, Jardin Suisse
- Manfred Schoger, Olten, Suissetec Sektion Solothurn

GLP Liste 24

- Samuel Beer, Oberdorf, div. Berufs- und Gewerbeverbände



Liste 28

- André Wyss, Rohr bei Olten, Gwärb Niederamt

Die von der SOHK empfohlenen Kandidaten für den Nationalrat sind:



Liste 1

- Simon Michel, Solothurn, Vorstand SOHK



Liste 2

- Daniel Probst, Olten, Direktor SOHK
- Christian Thalmann, Breitenbach, Vorstand SOHK

Ein Blick in die Maschinerie unseres Wahlsystems

In der Regel werden die Solothurnerinnen und Solothurner alle zwei Jahre an die Wahlurnen gerufen. Einmal, um das Kantonsparlament und die Kantonsregierung zu wählen – und einmal, so wie am kommenden 22. Oktober, um die Mitglieder der Bundesversammlung, also den National- und Ständerat zu wählen. An sich ist Wählen sehr einfach, doch weil unser Wahlsystem viele Möglichkeiten zulässt, lohnt sich ein vertiefter Blick in die Mechanismen.

Text: Charlie Schmid | Illustrationen: c&h

Das Schweizer Parlament besteht aus zwei gleichberechtigten Kammern – dem Nationalrat und dem Ständerat. Im Nationalrat sind alle 26 Kantone anteilmässig zu ihrer Bevölkerungsgrösse vertreten. Solothurn verfügt über sechs der insgesamt 200 Sitze. Im Ständerat verfügt hingegen jeder Kanton unabhängig von seiner Grösse über jeweils zwei Sitze.

Eine Besonderheit des Föderalismus: Jeder Kanton wählt seine Parlamentarier selber. In der Schweiz gibt es somit nicht eine einzige Parlamentswahl, sondern 26 kantonale Wahlen. Der Kanton Solothurn wählt die sechs Mitglieder des Nationalrats nach dem Proporz- und die zwei Mitglieder des Ständerats nach dem Majorzverfahren.

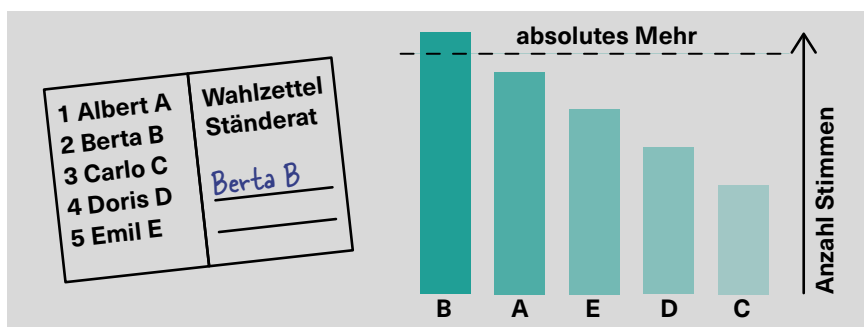
Der Ständerat – die zwei Besten gewinnen

Der Unterschied zwischen Proporz und Majorz liegt darin, wie die Stimmen der Wählerinnen und Wähler in Parlamentssitze umgerechnet werden. Das Majorzprinzip ist dabei das einfachere der beiden Verfahren: Kandidaten erhalten von den Wählenden Stimmen. Wer die meisten Stimmen erhält, gewinnt. Weil im Ständerat zwei Sitze zu vergeben sind, gewinnen die zwei Erstplatzierten. The winner (and the second) takes it all. Allerdings gibt es eine eingebaute Hürde: das sogenannte «absolute Mehr». Ein Sieger muss mindestens fünfzig Prozent aller Stimmen plus eine Stimme erhalten. Bei der Bestimmung des absoluten Mehrs werden auch leer gelassene Linien und nicht ausgefüllte (leere) Wahlzettel mitgezählt. Die Hürde für eine

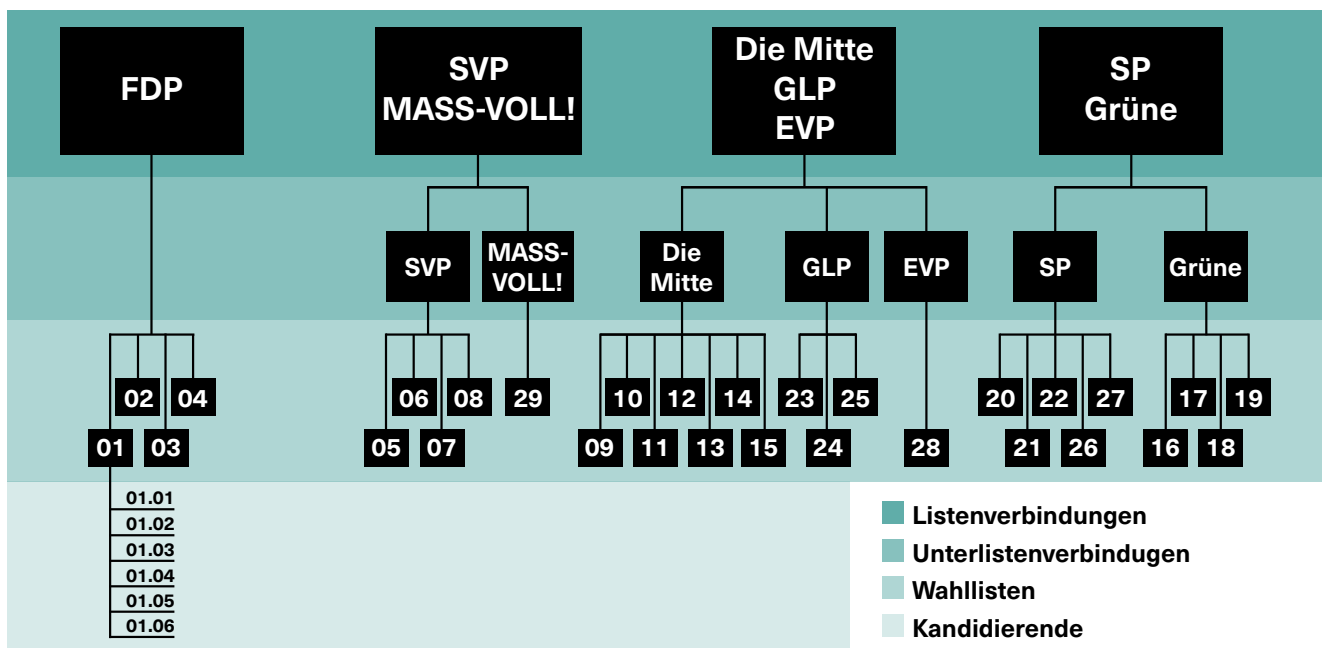
Wahl im ersten Wahlgang wird dadurch erhöht. Damit sollen eine ausreichende Unterstützung der Gewählten und ein breiter Konsens sichergestellt werden. Wenn kein oder nur ein Kandidierender diese Hürde überspringt, kommt es einige Wochen später zu einem zweiten Wahlgang. In diesem Wahlgang zählt dann nur noch das beste Resultat für die erfolgreiche Wahl («relatives Mehr»). Im Kanton Solothurn würde ein zweiter Wahlgang am 19. November stattfinden.

Der Nationalrat – der Wähleranteil entscheidet

Das Wahlverfahren für den Nationalrat – das Proporzprinzip – ist wesentlich komplizierter und anspruchsvoller – für Parteistrategen, aber auch für die Wählerschaft. Hier treten Kandidierende aus verschiede-



Mit dem Wahlzettel für den Ständerat können zwei Stimmen vergeben werden. Die Stimmen werden direkt an die Kandidierenden vergeben. Leer gelassene Linien treiben das absolute Mehr in die Höhe, wodurch die Hürde für eine Wahl im 1. Wahlgang erhöht wird.



Die sechs Stimmen auf dem Wahlzettel für den Nationalrat werden in einem ersten Schritt an die mittels Listenverbindung verbundenen Allianzpartner vergeben. Auf dieser Ebene stehen der Wählerschaft im Kanton Solothurn vier Blöcke zur Auswahl. Im zweiten Schritt werden die Stimmen den Unterlistenverbindungen und damit den jeweiligen Parteien zugeteilt und im dritten Schritt den einzelnen Wahlzetteln. Erst im vierten und letzten Schritt werden die Stimmen für die Kandidierenden ausgewertet. Am besten stellt man sich das Proporzwahlverfahren wie eine grosse Murbelbahn mit verschiedenen Abzweigungen vor. Die Stimmen sind die Murbeln, die oben eingeworfen werden. Auf jeder Ebene wird gezählt, wie viele Murbeln diese passiert haben, um schliesslich die Sieger zu ermitteln.

nen Parteien auf verschiedenen, vorausgefüllten Wahllisten an. Die sechs zu vergebenden Nationalratsmandate werden bei diesem Verfahren nicht direkt den Kandidaten zugeteilt, sondern den einzelnen Wahllisten. Die sechs Sitze werden im Verhältnis zur Zahl der erzielten Stimmen den einzelnen Listen zugeteilt. Erzielt beispielsweise die Wahlliste der Partei A 300 Stimmen, Liste B 200 Stimmen und Liste C 100 Stimmen, so gehen drei Sitze an Partei A, zwei an Partei B und ein Sitz an Partei C (Total 600 Stimmen geteilt durch 6 Sitze = 100 Stimmen für einen Sitz). Nun entstehen aber zwei Probleme: Erstens geht dieses Bruchrechnen in der Realität nie so schön auf wie in unserem Beispiel. Zweitens gibt es effektiv viel mehr Listen, als Sitze zu besetzen sind (in diesem Jahr wurden sage und schreibe 29 Listen eingereicht).

Zwei Probleme bei der Sitzzuteilung

Das erste Problem ist ein rein mathematisches – und es wird auch so gelöst. Pro Partei resp. pro Wahlliste wird errechnet, wie viele Sitze sie im Verhältnis erhält. Geht die Division nicht auf, so wird – ver-

einfach dargestellt – berechnet, wo es am meisten «Rest» gibt. Der noch unverteilt Sitz wird entsprechend derjenigen Partei zugeschlagen, die den grössten Rest hat; daher auch der Begriff «Restmandat». Um unser Beispiel fortzuführen: Partei A erzielt 320, B 180 und C 100 Stimmen. Auch dieses Mal sind 100 Stimmen für einen Sitz notwendig. Daher erhält Partei A drei Sitze und die Parteien B und C jeweils einen. Damit sind jedoch erst fünf Sitze verteilt. Es ist also noch einer der sechs Sitze frei. Während bei C die Division ohne Rest aufgeht, bleiben bei A 20 Stimmen und bei B 80 Stimmen übrig. Partei B hat den grössten «Rest» und erhält somit das sechste – eben das «Restmandat» zugeschlagen. Das Restmandat des Kantons Solothurn hält aktuell die SVP.

Listenverbindungen als umstrittenes Instrument

Das zweite Problem ist auf die Zersplitterung der Parteienlandschaft zurückzuführen, aber auch auf eine – je nach Sichtweise – Schwachstelle unseres Wahlsystems. Hinter den 29 Wahllisten verbergen sich nämlich effektiv nur acht Parteien sowie

sieben Jungparteien. Alles andere sind sogenannte «Unterstützerlisten» der etablierten Parteien. Das sind Listen ohne realistische Chancen auf einen eigenen Sitz, die lediglich der Stimmenbeschaffung dienen. Die Idee dahinter: Jede zur Wahl antretende Person hat ein persönliches Beziehungsnetz und damit das Potenzial, die eine oder andere Stimme zu ergattern, die man sonst nicht holen würde. Diese Stimmen auf verschiedenen Listen werden mittels sogenannter «Listenverbindungen» zusammengefasst. Die Sitze werden also nicht direkt auf jede einzelne Wahlliste verteilt, sondern zunächst auf die miteinander verbundenen «Listenpäckli». So ein Päckli kann als Unterlistenverbindung innerhalb einer Partei – also beispielsweise mit der jeweiligen Jungpartei – geschlossen werden, aber eben auch als klassische Listenverbindung über die Parteigrenzen hinaus. SP und Grüne pflegen diese Allianz beispielsweise seit Jahren. SVP und «MASS-VOLL!» sind im Kanton Solothurn ebenfalls ein solches Päckli eingegangen und ebenso Die Mitte mit glp und EVP. Einzig die FDP geht alleine ins Rennen (siehe Illustration).

Reststimmen werden zusammengezählt

Auf den Wähleranteil einer einzelnen Partei haben Listenverbindungen grundsätzlich keinen Einfluss. Am Schluss kämpft jede Partei gegen jede andere. Aber diese Päckli können die Zuteilung der Sitze beeinflussen, denn der «Rest» aus mehreren Listen ist zusammengezählt grösser als der Rest mehrerer einzelner Listen. Im Kampf um Restmandate können also solche Listenbündnisse den entscheidenden Vorteil ausmachen. Diesen Vorteil weiss das links-grüne Lager traditionell viel besser für sich zu nutzen als die bürgerlichen Parteien, die oft getrennt antreten. Im bürgerlichen Lager werden meist inhaltliche oder atmosphärische Differenzen geltend gemacht. So wird etwa ins Feld geführt, dass sich Wähler von einem unliebsamen Listenpartner abschrecken lassen könnten. Empirisch konnte dieser Effekt aber bis anhin nicht nachgewiesen werden.

Erst im vierten Schritt zählen die Kandidierenden

Wer wählen geht, sollte sich also bewusst sein, was seine Stimme bewirkt und was

nicht. Wie dargestellt, wählt man also für den Nationalrat in einem ersten Schritt die Allianz der Listenpartner (sofern vorhanden), im zweiten Schritt die Partei der jeweiligen Kandidierenden, im dritten Schritt die eigentliche Wahlliste und erst im vierten Schritt die Kandidierenden selber. Um dem Wähler mehr Freiheiten zu ermöglichen, lässt das Wahlrecht in diesem letzten Schritt das sogenannte «Panaschieren» zu. Das ist das Streichen von vorgedruckten Kandidaten und deren handschriftlicher Ersatz durch einen Kandidaten einer anderen Liste oder Partei. Sofern diese Ersatz-Stimme an einen Kandidierenden aus einer verbundenen Wahlliste geht, ist dies nicht weiter von Belang.

Wer seine Stimmen jedoch auf Kandidierende aus mehreren Parteien verteilt, «verzettelt» sich jedoch im wahrsten Sinne des Wortes. Denn bei sechs Linien auf dem Wahlzettel verfügt man im eigentlichen Sinn über sechs einzelne Stimmen, welche beliebig verteilt werden können. Wer seine Partei maximal unterstützen will, unterlässt das Panaschieren also besser.

Ständerat: Personenwahlen, Nationalrat: Parteiwahlen

Der letzte Fachbegriff, den es im Zusammenhang mit den Nationalratswahlen zu beachten gilt, ist das sogenannte Kumulieren. Damit ist gemeint, dass ein Kandidat auf der Wahlliste noch ein zweites Mal aufgeführt wird. Wie beim Panaschieren, muss dafür jedoch ein anderer Name gestrichen werden, denn der Wahlzettel darf am Schluss immer nur maximal sechs Namen umfassen. Mit dem Kumulieren verhilft man seiner Lieblingskandidatin oder seinem Lieblingskandidaten zu mehr Stimmen. Ausreichend Kumulier- und Panaschierstimmen machen meist den Unterschied, welcher Kandidat ein Mandat am Schluss für seine Partei auch besetzen darf. Das ist aber wie gezeigt erst der letzte Teil in diesem komplexen Zuteilungsverfahren. Zusammengefasst kann man es sich aber so merken: Ständeratswahlen sind Personenwahlen, Nationalratswahlen sind Parteiwahlen. In diesem Sinne wünscht Wirtschaftsflash ein gutes Händchen beim Ausfüllen der Wahlzettel! ■

Bezeichnung der Wahllisten für den Nationalrat im Kanton Solothurn 2023

Liste	Bezeichnung	Liste	Bezeichnung
01	FDP.Die Liberalen West	16	Grüne
02	FDP.Die Liberalen Ost	17	Grüne Energie & Kreislaufwirtschaft
03	Jungfreisinnige «wähl jung»	18	Grüne Bildung & Soziales
04	Jungfreisinnige «denk neu»	19	Junge Grüne Solothurn
05	SVP Kanton Solothurn	20	Sozialdemokratische Partei (SP) West
06	SVP Schweizerische Volkspartei	21	Sozialdemokratische Partei (SP) Ost
07	SVP – Keine 10 Millionen Schweiz!	22	Junge SP Region Olten
08	JSVP	23	Grünliberale Ost
09	Die Mitte Kanton Solothurn	24	Grünliberale West
10	Die Junge Mitte – Aufbruch	25	Junge Grünliberale
11	Die Junge Mitte – Zukunft	26	JUSO Klima und Feminismus
12	Die Mitte Region Solothurn	27	JUSO Gewerkschaften
13	Die Mitte Thal-Gäu	28	EVP
14	Die Mitte Olten-Gösgen	29	MASS-VOLL!
15	Die Mitte Dorneck-Thierstein		

Erweitern Sie Ihre Kompetenzen!

Berufsausbildung für Erwachsene,
Weiterbildung für Berufsleute, Firmenkurse

Das Erwachsenenbildungszentrum Olten bietet
die massgeschneiderte Lösung.

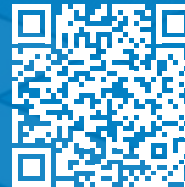
Entdecken Sie unser Angebot unter
bbzolgen.so.ch/ebz/bildungsangebot

BBZ Olten

Erwachsenenbildungszentrum EBZ

Aarauerstrasse 30, 4601 Olten

ebz.oltlen@dbk.so.ch, ebzolgen.so.ch



Verantwortung. Ehrlichkeit. Offenheit.

Bei Ypsomed bekennen wir uns zu einem verantwortungsvollen Handeln gegenüber unseren Mitarbeitenden, unseren Partnern und der Gesellschaft.

Bis 2040 wollen wir Netto-Null CO₂-Emissionen entlang unserer gesamten Wertschöpfungskette erreichen – zehn Jahre vor dem Pariser Klimaabkommen.

Um das zu erreichen, benötigen wir in allen Bereichen unseres Unternehmens kluge Köpfe, die mit uns an der Umsetzung unserer Nachhaltigkeitsziele arbeiten.



Lust, dabei zu sein?

Dann schauen Sie in unsere Stellenangebote.

Ypsomed AG // Ziegelmatthstrasse 1 // 4500 Solothurn //
info@ypsomed.com // www.ypsomed.ch //  [ypsomed](https://www.facebook.com/ypsomed)



YPSOMED
SELFCARE SOLUTIONS

«Für eine Zukunft mit Perspektive»

Am 22. Oktober 2023 finden die National- und Ständeratswahlen statt. Um im Vorfeld das Bewusstsein für wirtschaftliche und landwirtschaftliche Themen zu steigern, haben die drei grossen Schweizer Wirtschaftsverbände (Schweizerischer Gewerbeverband sgv, economiesuisse, Schweizerischer Arbeitgeberverband SAV) und der Schweizerische Bauernverband letztes Jahr die gemeinsame Kampagne «Perspektive Schweiz» ins Leben gerufen. Ziel ist es, im künftigen Parlament für die neue Legislatur eine wirtschafts- und landwirtschaftsfreundliche Mehrheit zu sichern.

Text: Sandra Spirig

Stabilität und Sicherheit für alle

Über 4,5 Millionen Beschäftigte in mehr als 600 000 Unternehmen erarbeiten Tag für Tag unseren Wohlstand. Wir sorgen mit unserer Politik dafür, dass diese Arbeitsplätze auch in Zukunft erhalten bleiben.

Eine erfolgreiche Wirtschaft für gesunde Sozialwerke

Wir sind zu Recht stolz auf unsere Sozialwerke. Ihre Finanzierung ist und bleibt eine grosse Herausforderung. Eine erfolgreiche Wirtschaft ist die beste Garantie dafür, dass unsere Sozialwerke auch kommenden Generationen helfen können.

Ein hoher Ausbildungsstandard für eine sichere Zukunft

Eine Berufslehre steht für einen Grossteil aller Jugendlichen am Anfang ihrer beruflichen Laufbahn. Schweizer Unternehmen bilden jährlich weit über 170 000 Jugendliche aus. Eine gute Ausbildung ist das Fundament einer erfolgreichen Schweiz.

Echte Nachhaltigkeit dank neuer Ideen

Der Weg zur Nachhaltigkeit führt über Innovationsgeist und Fortschritt. Nur so können wir unsere Umwelt erhalten und das Klima schützen, ohne unseren Lebensstandard einzuschränken. Wir brauchen darum ein Umfeld, in dem alle Kräfte aus

Wirtschaft und Landwirtschaft ohne Tabus gemeinsam Ideen für eine nachhaltige Zukunft entwickeln können.

Ernährungssicherheit dank einer fortschrittlichen Landwirtschaft

Wir leben in einem kleinen Land ohne nennenswerte Rohstoffe. Umso wichtiger ist es, dass wir uns auf eine robuste und fortschrittliche Landwirtschaft verlassen können, die mit der Produktion von nachhaltigen Lebensmitteln unsere Versorgungssicherheit gewährleistet.

Genügend Energie für alle

Energie ist der Motor unserer modernen, vernetzten Gesellschaft. Um die Energiezukunft der Schweiz sicherzustellen, müssen wir für alle Handlungsmöglichkeiten offen sein.

Präsenz auch im Kanton Solothurn

Auch im Kanton Solothurn unterstützen die Solothurner Handelskammer, der Solothurner Bauernverband sowie der KMU- und Gewerbeverband Kanton Solothurn die Kampagne «Perspektive Schweiz». Sie finden im ganzen Kanton verteilt Blachen und Fahnen von Unternehmern und Bauern, die sich für wirtschafts- und landwirtschaftsfreundliche Kräfte in unserem Parlament einsetzen.

«Perspektive Schweiz» unterstützt folgende Kandidierende für den Nationalrat:

FDP.Die Liberalen – Liste 1

- Markus Dietschi, Selzach
- Simon Michel, Solothurn
- Manuela Misteli-Sieber, Biberist
- Martin Rufer, Lüsslingen

FDP.Die Liberalen – Liste 2

- Thomas Fürst, Olten
- Daniel Probst, Olten
- Markus Spielmann, Starrkirch-Wil
- Christian Thalmann, Breitenbach

SVP – Liste 5

- Richard Aschberger, Grenchen
- Christian Imark, Fehren
- Sibylle Jeker, Büsserach
- Beat Künzli, Laupersdorf
- Rémy Wyssmann, Kriegstetten

Die Mitte – Liste 9

- Edgar Kupper, Laupersdorf

Grünliberale – Liste 23

- Manfred Schoger, Olten

«Perspektive Schweiz» unterstützt folgende Kandidierende für den Ständerat:

- Pirmin Bischof, Die Mitte, Solothurn
- Christian Imark, SVP, Fehren

Firmen präsentieren sich und ihre Nachhaltigkeitsziele

Das viel zitierte «'s isch immer so gsi» aus dem Solothurner Lied gilt in weiten Teilen auch für die Herbstmesse Solothurn (HESO), die jährlich rund 100 000 Besucherinnen und Besucher nach Solothurn zieht. Eine Neuheit gibt's allerdings: Unter dem Titel «Sonderschau PLUS» präsentieren sich Firmen und Organisationen aus der Region.

Text: Christian Fluri | Foto: HESO

Die jährlich wechselnde Sonderschau hat seit Jahren einen festen Platz im vielfältigen Rahmenprogramm der HESO, die heuer vom 22. September bis am 1. Oktober stattfindet. Die Stiftung «3FO» organisiert die diesjährige Sonderschau unter dem Motto «legemirlos», rund um das Thema der Nachhaltigkeit. Dies entspricht einerseits ganz dem Stiftungszweck mit den drei Förderbereichen und trifft zudem den Puls der Zeit. 3FO-Geschäftsführer Burkhard Behr meint dazu: «Wir haben keine Zeit zu verlieren, wir müssen etwas tun. Und es gibt viel zu tun, denn Nachhaltigkeit ist vielfältig.»

Premiere für die «Sonderschau PLUS»

Sozusagen als Erweiterung der bestehenden Sonderschau findet dieses Jahr die «Sonderschau PLUS» zum ersten Mal statt. Die Verantwortlichen haben im Vorfeld Unternehmen angesprochen und einbezogen – nicht zuletzt durch die Zusammenarbeit im Nachhaltigkeitsnetzwerk Solothurn. Die Idee: Eine eigene und hervorragend frequentierte Ausstellungsfläche in der Halle 2 wird von der HESO für die «Sonderschau PLUS» zur Verfügung gestellt. Beworben werden die Firmenauftritte im Rahmen der klassischen Sonderschau. Die teilnehmenden Firmen geben in der Sonderschau mit Kurzvideos Statements zu ihrer Nachhaltigkeitspolitik ab. Dabei wird auch darauf hingewiesen, wo auf dem HESO-Gelände die «Sonderschau PLUS»

stattfindet, wo die Firmen ihre Aussagen vertiefen können.

Schaufenster für Firmen

Die teilnehmenden Firmen zeigen auf, welche Nachhaltigkeitsziele sie verfolgen, welche Aus- und Weiterbildungen sie anbieten und welche Bedeutung als Arbeit-

geber sie haben. Bei Redaktionsschluss waren folgende Firmen und Organisationen bekannt, die sich an der «Sonderschau PLUS» präsentieren: Agathon AG, Ypsomed AG, Carrosserie Hess AG, Almata Recycling AG, Migros Verteilbetrieb AG, Swissmechanic und der Baumeisterverband Solothurn. ■



Im bunten Treiben der HESO findet heuer zum ersten Mal die «Sonderschau PLUS» statt.

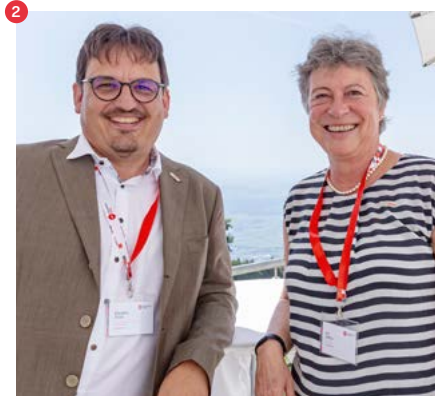
Starkes Programm auf dem Solothurner Hausberg

Anerkannte Fachleute und Solothurner Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik beleuchteten, hinterfragten und suchten nach Lösungen zum Tagesthema «Future Work Skills – Welche Bildung brauchen wir für unsere Fachkräfte von morgen?»

Text: Christian Fluri | Fotos: Toby Kiefer

Nicht nur die Referierenden waren hochkarätig, auch bei den rund 195 Teilnehmenden war das Who is who der Solothurner Wirtschaft auszumachen.

- 1 Vincent Lebet und Yvonne Hersperger (beide Fortisa AG)
- 2 Benjamin Jäggi und Ute Lepple (beide Scintilla AG)
- 3 Ruedi Bolliger (Alliance CC suisses), Angela Zellweger (Standortförderung espace-SOLOTHURN) und Thomas Helbling (FHNW)
- 4 Regula Altmann-Jöhl (Hochschule für Wirtschaft FHNW), Matthias Briner und Bettina Anne Sollberger (beide Zentrum für Weiterbildung, FHNW Angewandte Psychologie)
- 5 Bernhard Beutler (BBZ Solothurn-Grenchen), Corinne Ott (EBZ Solothurn-Grenchen) und Stefan Zumbrunn-Würsch (Kantonsschule Solothurn)
- 6 Linda Muther (Hagmann Tec AG) und Alexander Stüdeli (ProWork AG)
- 7 Gisela Erni (Zeichnungsbüro Erni GmbH) und Christa Ruch (Kehrer stebler ag)
- 8 Andreas Linder, Birgit Bögli-Jankowski und Stephan Hässig (alle UBS Switzerland AG)
- 9 Martina Gerster (Härtereier Gerster AG) und Thomas Kissling (Migros Verteilbetrieb AG)
- 10 André Hirschi (Primeo Energie/ AVAG) und Rolf Riechsteiner (Präsident Solothurner Handelskammer)
- 11 Roger Hertel (clarofinanz gmbh) und Stephan Glättli (Glättli Rechtsanwälte AG)
- 12 Mario Schwab (Suvema AG) und Florian Würsch (Credit Suisse Schweiz AG)
- 13 Antonius Ackermann und Roger Schmid (beide Mercedes-Benz Automobil AG) und Diana Casoni (Hörmann Schweiz AG).





Fünfmal 5,8 – eine Spitzenleistung

Jedes Jahr am letzten Freitag im August pilgern junge Leute in Begleitung ihrer Eltern, Freundinnen und Freunde oder Lehrmeisterinnen und Lehrmeister in das Sommerhaus der Familie de Vigier. 47 Lernende haben im Jahr 2023 mit der Durchschnittsnote 5,5 oder besser abgeschlossen. Am gleichen Anlass wird seit zehn Jahren jeweils auch ein Lehrbetrieb aus dem Kanton Solothurn als «Lehrbetrieb des Jahres» ausgezeichnet. Durch den Anlass führte dieses Jahr Daniel Probst, Direktor der Solothurner Handelskammer.

Text: Andreas Gasche, Projektleiter 5.3+ | Fotos: KGV SO

In Anwesenheit von Bildungsdirektor Remo Ankli durften die Veranstalter rund 120 Gäste begrüßen. In einem eindrücklichen Grusswort wandte sich Stefan Zumbrunn, Rektor an der Kantonsschule Solothurn an die anwesenden Jugendlichen. Einige Leserinnen und Leser stellen sich vielleicht jetzt die Frage, weshalb ausgerechnet der Rektor der Kantonsschule So-

lothurn seine Worte an die jungen Berufsleute richtete. Witzig, unterhaltsam und tiefgründig erzählte Stefan Zumbrunn von seinen Anfängen als Maschinenmechaniker und wie er dann Schritt für Schritt seinen Traum, Lehrer zu werden, verwirklichte. Er ermunterte die jungen Leute – aber auch die Begleitpersonen –, ihre eigenen Träume wahr werden zu lassen. Zum

Schluss gab er den Anwesenden zehn gute, nicht immer ernst zu nehmende Tipps mit auf den Weg.

Regierungsrat Remo Ankli wartete zuerst mit ein paar statistischen Werten auf: Von den insgesamt 2156 Kandidatinnen und Kandidaten mit einem Solothurner Lehrvertrag haben in diesem Jahr 47 Personen einen Notenschnitt von 5,5 oder höher erreicht – oder anders ausgedrückt: 2,2 Prozent. Diese erfolgreichen 26 Damen und 21 Herren – sie repräsentieren gemeinsam übrigens 27 der insgesamt rund 260 anerkannten Berufe – wurden ins Sommerhaus der Familie de Vigier eingeladen. Der Bildungsdirektor wies in seinem Referat auf den Arbeitskräftemangel hin. Er lobte aber auch die Wirtschaft, welche sich nach



Lehrbetrieb des Jahres wurde die Kläy Haustechnik AG. Auf dem Bild (v.l.): Remo Ankli (Regierungsrat), Samuel Lohm und Patrick Grossen (Mitglieder der Geschäftsleitung Kläy Haustechnik AG), Marco Schär (Geschäftsführer und Inhaber Kläy Haustechnik AG), Thomas Kläy (VR-Präsident Kläy Haustechnik AG) und Pia Stebler (Präsidentin KGV).



Die zu Recht stolzen jungen Berufsleute

wie vor ungebrochen stark für eine funktionierende Berufsbildung einsetzt.

Wolfgang Heutschi, Vize-Präsident der W.A. de Vigier-Stiftung, zeigte anhand des Lebenslaufes von W.A. de Vigier, dass der Anlass heute genau der richtige Ort sei. Der innovative W.A. de Vigier begann seine berufliche Karriere mit einer Lehre in der Firma von Roll in Gerlafingen. Von dort aus machte er sich auf den Weg, die Welt zu erkunden und seine fortschrittlichen Ideen umzusetzen. Wolfgang Heutschi war überzeugt, dass dieser Anlass Bill de Vigier sehr gefallen hätte.

Fünf Lernende erhalten Sonderpreis

173 Lernende schlossen 2023 ihre Lehre mit einer Note 5,3 oder besser ab. 47 Lernende schlossen die berufliche Grundbildung mit einer Note 5,5 und besser ab.

Fünf Lernende mit der Note 5,8 wurden zusätzlich ausgezeichnet. Es waren dies Lenka Vogt, Fachfrau Gesundheit EFZ aus Wi-

sen SO (Berufsabschluss für Erwachsene), Fabian Welti, Strassentransportfachmann EFZ, ebenfalls aus Wisen SO (Planzer Transport AG, Härkingen), Robin Wymann, Informatiker EFZ (ETA SA Manufacture Horlogère Suisse, Grenchen), Giulia Panizoli, Interactive Media Designerin EFZ (Olai Interactive GmbH) und Joel Lanz, Kaufmann EFZ (login Berufsbildung AG, Olten).

Auszeichnung für Kläy Haustechnik AG als Lehrbetrieb des Jahres 2023

Die Projektgruppe 5.3+ vergibt 2023 die Auszeichnung «Lehrbetrieb des Jahres» bereits zum neunten Mal. Es ist allen bewusst, dass in diesem Kanton unzählige Lehrbetriebe eine ausgezeichnete Ausbildung anbieten. Die Auszeichnung «Lehrbetrieb des Jahres» soll stellvertretend für alle anderen Lehrbetriebe verliehen werden. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe 5.3+ danken an dieser Stelle allen Betrieben, die nach bestem Wissen und Gewissen junge Nachwuchskräfte ausbilden.

In ihrer Laudatio würdigte Pia Stebler, Präsidentin des KMU- und Gewerbeverbandes Kanton Solothurn, die fünf Kriterien, die für die Auszeichnung ausschlaggebend sind: Besonders erfolgreiche LAP-Absolvierende, besonderes Engagement für die Berufsbildung, besonderes soziales Engagement, hoher Anteil Berufslernender am Personalbestand und innovative Elemente in der Berufsbildung. Die Firma Kläy Haustechnik AG erfülle all diese Elemente ohne Wenn und Aber. Beeindruckend sei auch das Engagement von Thomas Kläy (Verwaltungsratspräsident) als langjähriger Präsident des Berufsverbandes suissetec Sektion Solothurn und von Marco Schär (Geschäftsführer) als Chefexperte der Heizungsbranche.

Der KMU- und Gewerbeverband Kanton Solothurn, die Solothurner Handelskammer und der Kanton Solothurn gratulieren der Firma Kläy Haustechnik AG und freuen sich über diese Auszeichnung. ■

AGENDA

Solothurner Handelskammer

Dialog Wirtschaft + Politik: «Die Lehre auf dem Prüfstand. Ist unsere Berufsbildung noch zeitgemäss?»

Freitag, 22. September, 11.00–13.30 Uhr

Fachhochschule Nordwestschweiz, Olten

Lean Management – Vom Potenzial zur operativen Exzellenz

Dienstag, 24. Oktober, 13.00–17.30 Uhr

Blösch AG, Grenchen

Exportdialog USA

Donnerstag, 26. Oktober, 16.30–19.15 Uhr

SOHK, Solothurn

Steuerforum Solothurn 2023

Montag, 6. November, 16.30–18.30 Uhr

Rittersaal im Von Roll-Haus, Solothurn

Führen in einer zunehmend digitalisierten Welt

Mittwoch, 8. November, 16.00–19.00 Uhr

SOHK, Solothurn

KMU- und Gewerbeverband Kanton Solothurn

Einzelmitgliederanlass

Montag, 23. Oktober

Öufi Brauerei & Beiz, Solothurn

aktuell@kmu

Mittwoch, 15. November 2023

Online-Veranstaltung

Anzeige



R. SCHWEIZER
Menswear

Grösste Auswahl an Anzügen,
Vestons und Hosen in allen
Grössen der Region

Wieso mehr bezahlen?
Anzüge im Baukasten-System
ab Fr. 218.00

professionelles
Änderungsatelier im Hause

Wir beraten Sie gerne und freuen uns auf Ihren Besuch:
R. Schweizer & Cie. AG, Schenkstrasse 13, 3380 Wangen an der Aare
Tel.: 032 631 63 11 (Büro) / 032 631 07 13 (Laden direkt)
Montag und Mittwoch, 14.00 - 18.00 Uhr, Samstag, 08.00 - 11.30 Uhr
www.rschweizer.ch

IMPRESSUM

44. Jahrgang. Erscheint sechsmal jährlich.

Herausgeber

Solothurner Handelskammer (SOHK)

KMU- und Gewerbeverband Kanton Solothurn (KGV SO)

Administration | Abonnemente

Einfache Gesellschaft Wirtschaftsflash

Hans Huber-Strasse 38

4500 Solothurn | 032 624 46 24

info@kgv-so.ch

Geschäftsführung

Charlie Schmid, Christian Fluri

redaktion@wirtschaftsflash.ch

Daniel Probst

daniel.probst@sohk.ch

Andreas Gasche

andreas.gasche@kgv-so.ch

Redaktion

Christian Fluri, Charlie Schmid und

Christoph Röllli

Biberiststrasse 8g | 4500 Solothurn

redaktion@wirtschaftsflash.ch

Layout | Produktion

c&h konzepte werbeagentur ag ASW

Biberiststrasse 8g | 4500 Solothurn

info@werbekonzepte.ch

Inserate

Urs Bader

Mitteldorfstrasse 21 | 4703 Kestenholz

079 885 36 35

inserate@wirtschaftsflash.ch

Auflage

Mitgliederabonnements 4151 Ex.

Total verkaufte Auflage 4359 Ex.

Total verbreitete Auflage 4666 Ex.

(WEMF-Beglaubigung 2022)

Geschäftsbedingungen

wirtschaftsflash.ch/geschaeftsbedingungen

Abonnementspreise

CHF 25.– für ein Jahr

CHF 40.– für zwei Jahre

Online

www.wirtschaftsflash.ch

Druck | Spedition

Paul Buetiger AG, 4562 Biberist

Gastbeiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeber wieder. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Bilder übernehmen Herausgeber und Redaktion keinerlei Haftung.

© Einfache Gesellschaft Wirtschaftsflash, Solothurn

BILANZ

AUSGEZEICHNET

Baloise

Private Banking-Rating
2023

**Ich bin nicht
im Ruhestand.**

Ich habe nur
gelernt, mein Geld
arbeiten zu lassen.

Manchmal klappt's. Manchmal lernt man.
Wir verwirklichen deine Ziele.

 **baloise**



Gemeinsam mit Swiss Label für mehr Schweizer Qualität!

Werden Sie Mitglied und schützen Sie
Ihre Produkte oder Dienstleistungen.



Swiss Label ist die Gesellschaft zur Förderung von Schweizer Produkten und Dienstleistungen. Das seit 1917 bestehende Label der Armbrust ist sowohl in der Schweiz, als auch in wichtigen Exportländern geschützt. Produkte und Dienstleistungen unsere Mitglieder stehen für Schweizer Qualität, Tradition, Zuverlässigkeit und Sicherheit.

Folgen Sie uns:



swisslabel.ch